



LEUCHTTURM

Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft in Ost-Friesland

Nr. 120

2. Dezember 2014

36. Jhrg.

Auf nach Hannover zur

didacta
die Bildungsmesse

mit der GEW

Es fahren folgende Busse am:

1. MI, 25.2. Leer: Emspark 8.00
Anm.: johannes.ackermann@t-online.de
2. DI, 24.2. Emden: 7.30 HBF EMD/7.45 Emspark Leer
Anm.: hans-gerd-de-beer@t-online.de
3. DO, 26.2. NOR+AUR: 7.00 Bahnhof NOR/7.30 Sparkassenarena AUR
Anm.: gew-aurich@ewetel.net
4. MI, 25.2. WTM/Jever/Varel: 7.30 WTM Marktplatz/7.45 Jever OBI/ evtl. Sande/Varel/OL-BAB
Anm.: Juergen.Kramm.Wtm@t-online.de
5. Do, 26.2. WHV: 8.00 Sportforum/Friedenstr.
Anm.: wolfgang.nif@gmx.de

**Fahrt für GEW-Mitglieder kostenlos; Nichtmitglieder 15,- Euro
Anmeldeschluss am 31.01.2015
bei den angegebenen e-mail-Adressen**

Käpt'n Blaubär gründet ein Lesenest

ein Sketsch über Literalität und Politik

Käpt'n Blaubär und die drei Gummibärchen treten auf.

Enkel 1: Na Opa, du siehst ja nicht so besonders glücklich aus.

Heinrich Herlyn Blaubär: Nee, besonders glücklich bin ich wirklich nicht. Ich habe schon einige Male überlegt, ob ich beim Kultusministerium abmustere.

Enkel 2: Wollen die etwa von deinen Einsparvorschlägen nichts wissen.

Blaubär: Kinners, es ist überall dasselbe. Nicht nur die Schulkinder können nicht mehr richtig lesen. Auch die Politiker verfügen kaum noch über ein Mindestmaß an Literalität.

Enkel 3: Litera.....was???

Blaubär: Das bedeutet Lese- und Schreibfähigkeit, ihr kleinen Dösköpfe, und das solltet ihr eigentlich wissen!

Enkel 1: Aber Opa, wir sind doch noch in der Grundschule.

Blaubär: Na und? Wir können doch im internationalen Wettbewerb nur noch bestehen, wenn schon in der Grundschule Höchstleistungen gebracht werden. Und dazu gehört nun mal auch die Kenntnis von so ein paar Fremdwörtern.

Enkel 2: Ist ja schon gut, Opa. Aber warum meinst du, können die Politiker nicht mehr richtig lesen und schreiben.

Blaubär: Weil ich Vorschlag um Vorschlag einreiche und nichts davon umgesetzt wird. Ich habe inzwischen den Eindruck, dass die meine Expertisen gar nicht verstehen. Ich denke, denen fehlt einfach die Fähigkeit zum sinnnehmenden Lesen. Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans eben auch meistens nicht mehr. Guckt euch Hein Blöd an, der kann zwar meine Post vorlesen, aber verstehen davon tut er rein gar nichts. Und genauso ist es mit den Politikern. Die

Redaktion Leuchtturm

Redaktionsschluss: 22.11.2014

KV Wittmund www.GEW-wittmund.de

Ronald Wilts	Lüdstede 3	26487 Neuschoo	Tel. 04975 - 366	Ronald.Wilts@t-online.de
Jürgen Kramm	Wangeroogestr. 8	26409 Wittmund	Tel. 04462 - 6102	Juergen.Kramm.WTM@t-online.de

KV Jever www.GEWweserems.de/kv-fg/jever/jevindex.htm

Heiner Wegener		26441 Jever	Tel. 04461 - 73133	heinerwegener@t-online.de
Klaus Blume-Wenten	Javenloch 5	26434 Wangerland	Tel. 04464 - 8150	k.blume-wenten@t-online.de

KV Aurich www.aurich.GEWweserems.de

Ralf Dittmer	Oldeborger Str. 81	26624 Südbrookmerland	Tel./Fax 04942 - 3938	radidodo@web.de
Franz Kampers	Hinter Eschen 16F	26607 Aurich	Tel. 04941 - 6988012	fkampers@ewetel.net

KV Norden

Herbert Czekir	Reithammer Weg 29	26529 Osteel	Tel. 04934 - 6766	herbert.czekir@ewetel.net
Anette Hillen	Im Dullert 30	26524 Hage	Tel. 04931 - 7 4474	anette-hillen@web.de

KV Emden www.GEW-emd.de

Dr. Josef Kaufhold	Herm.-Hesse-Str. 4	26721 Emden	Tel. 04921 - 45266	JosefKaufhold@web.de
Hans-Gerd de Beer	Graf-Edzard-Str. 20	26721 Emden	Tel. 04921-29778	hans-gerd-de-beer@t-online.de

KV Wilhelmshaven

Friedrich Fischer	Fedderwarder Str. 124	26388 Wilhelmshaven	Tel.04421 - 502119	magfish@gmx.de
Wolfgang Niemann-Fuhlbohm	Güstrower Str. 3c	26388 Wilhelmshaven	Tel.04421 - 87117	wolfgang.nif@gmx.de

Impressum: GEW-LEUCHTTURM Nr. 120 / 36. Jahrgang vom 02.12.2014

LehrerInnenzeitung für die Kreisverbände Aurich, Emden, Jever, Norden, Wilhelmshaven, Wittmund

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB/Kreisverband Wittmund

verantwortl.: Ronald Wilts (1. Vors.), Lüdstede 3, 26487 Neuschoo, 04975/366

Internet: www.gewweserems.de - dort auch Informationen aus den Kreisverbänden

Druck: www.janssendruck.de, Finkenburgstr. 47, 26409 Wittmund

sind alle von ehemaligen Achtundsechzigern mit so neumodischen Methoden unterrichtet worden und verstehen die einfachsten Texte nicht mehr.

Enkel 3: Das glaubst du wirklich, Opa?

Blaubär: Das glaube ich nicht nur, dass kann ich sogar beweisen.

Enkel 1: Und wie?

Blaubär: Nichts leichter als das. Habt ihr denn gar nichts von dem Auricher Schulgutachten gehört?

alle: Nöööööööööö!

Blaubär: Da haben wir's wieder! Ihr lest eben keine Zeitung.

Enkel 2: Das Lese-Leuchten-Projekt von der OZ ist ja auch vorbei.

Blaubär: Lese-Leuchten, so, so... Na, wie auch immer, jedenfalls ist die Geschichte mit diesem Gutachten der Beweis für meine Behauptung.

Enkel 3: Das musst du schon genauer erklären, Opa.

Blaubär: Nun, in dem Gutachten hat ein Herr Krämer-Mandau, der vom Landkreis mit dessen Anfertigung beauftragt wurde, die Empfehlung gegeben, die Auricher Realschule langfristig zu schließen.

Enkel 1: Was? Das ist ja voll gemein!

Blaubär: Das haben die Politiker auch fast alle gesagt.

Enkel 2: Na siehst du, Opa?

Blaubär: Na siehst du, Opa, na siehst du Opa! Das ist es doch gerade!

Enkel 3: Opa, ich versteh dich nicht, du hast doch gerade gesagt, die Politiker finden das mit dem Schließen der Realschule auch fast alle mega-gemein.

Blaubär: Das Problem ist doch, dass die das gemein finden, aber keiner

weiß wirklich, was in dem Gutachten drinsteht. Und deshalb bin ich der Überzeugung, dass die Politiker überhaupt nicht mehr richtig lesen können. Die verstehen doch noch nicht mal die Hälfte von dem, was sie da alles lesen und in ihren Gremien beschließen. Und genauso wenig verstehen sie meine genialen Sparvorschläge.

Enkel 1: Und was willst du dagegen tun, Opa. Einfach von Bord gehen, das ist doch gegen deine Kapitäns-ehre.

Blaubär: Ja, da habt ihr natürlich einen wunden Punkt gefunden. Und ich will euch was sagen: Ich werde gar nicht von Bord gehen.

Enkel 2: Und was machst du stattdessen?

Blaubär: Ich werde Lesenester für Politiker gründen.

Enkel 3: Ist das dein Ernst, Opa? Meinst du, die gehen da freiwillig hin?

Blaubär: Na ja, ich werde natürlich nicht wirklich von „Lesenestern“ sprechen und ich werde ein paar Anreize setzen.

Enkel 1: Was denn für Anreize? Du willst denen doch nicht etwa Gummibärchen spendieren?

Blaubär: Nun werdet mal nicht albern, Kinners! Veräppeln kann ich mich am besten noch selbst. Ganz im Ernst: Ich werde mit Hilfe der Bertelsmann-Stiftung das Projekt „Der lesende Landtag“ ins Leben rufen.

Enkel 2: Das hört sich fast so an wie die „Musikalische Grundschule“ bei uns.

Blaubär: Ganz richtig. Und ein Motto habe ich auch schon gefunden. Kei-

ner von den dusseligen MDLs wird das „fünffache V“ je wieder vergessen:

- Viel Lesen
- mit Viel Verstehen
- von Vielen Abgeordneten
- an Vielen Orten
- zu Vielen Gelegenheiten!

Enkel 3: Du bist wirklich genial, Opa!

Blaubär: Tja, wenn ihr das mal endlich einseht! Und wenn ich die Landtagsabgeordneten zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung dreimal im Jahr zu unseren Tagungen in schöne Hotels mit Wellness-Bereich und Drei-Sterne-Küche einlade, dann werden sie alle kommen und noch einmal ganz neu mit der Kochschen Fingerzeichenmethode das Lesen erlernen. Die Teilnahme wird natürlich völlig kostenlos sein.

Hein Blöd: Käpt'n, da ist ein Brief von einer „Stiftung Beitelmann“ oder so.

Käpt'n: Ah, die Bertelsmann-Stiftung! Seht ihr, Kinners, das ist bestimmt die Zustimmung zu meinem genialen Vorschlag. Denn lies mal vor, Hein.

Hein Blöd: Sehr geehrter Herr Blaubär! Wir bedanken uns für Ihre wirklich sehr innovative Projekt-Idee. Leider sind die Mittel der Bertelsmann-Stiftung nur begrenzt und auch das Kultusministerium hat es bedauerlicherweise abgelehnt, Ihr Projekt „Der lesende Landtag“ angemessen zu bezuschussen. Wir empfehlen Ihnen deshalb, die allerorten entstandenen Lesenester zu nutzen und dort einen zusätzlichen monatlichen Termin für Landtagsabgeordnete zu organisieren. Als Anreize dürften das kostenlose Reichen von Kaffee und Kuchen und die übliche Fahrkostenerstattung genügen.

Hochachtungsvoll, Dr. Brigitte Mohn

Bunt gegen Braun

Der Fuchs ist schlau und stellt sich dumm, beim Nazi ist es anders rum

Ulli Baselau

Sie wurden mit Autos herangefahren, ziemlich sicher aus Oldenburg und Wilhelmshaven, die gerade mal 15 Menschen mit der schwarzen (!) Kleidung. Sehr ordentlich standen sie auf dem recht weiträumig von der Polizei abgesperrten Platz vor der OLB in Jever, und demonstrierten. Wofür? Wogegen? Das war nicht richtig herauszufinden, denn erstens standen sie im wesentlichen nur so herum und warteten auf den distinguierten Herrn mit dem hellen grau-schwarz gemusterten Jackett, und zweitens waren die Bunten, unter denen auch ich mich befand, nicht gerade leise. Gut 150 Menschen trugen bunte Luftballons oder bunte Regenschirme (dem Wetter gemäß, das eher farbig schön daherkam), viele Trillerpfeifen, Tischhandglocken, einige Mega-

fone, skandierten »Wir sind das Volk!« und »Nazis raus aus Jever!« und »Ihr könnt nach Hause gehn!«. Gut eineinhalb Stunden ein Höllenlärm, der immer mal wieder mit kleinen Aktionen unterstützt wurde.

Sehr angenehm war, dass die Polizei sich sehr dezent im Hintergrund befand, die schwarz gekleideten »Autonomen« auf der bunten Seite sich ebenfalls zurück hielten, die ganze Aktion gegen die angemeldeten Demon-

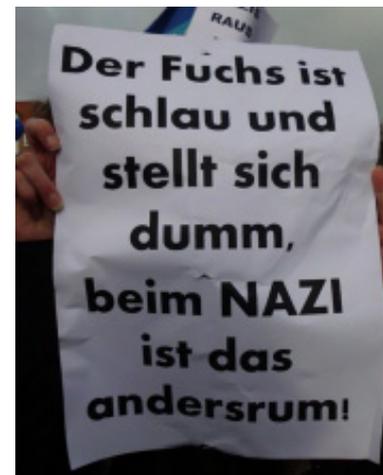
Aber Achtung: Sie waren sehr diszipliniert, filmten zwar und schossen Fotos mit Teleobjektiven, aber sie bereiteten den Ordnungskräften keine Arbeit. Die Polizei mag arbeitsmäßig eher die Gesetzestreuen als Meinungstreuen. Und Krawatte mit dunkler Hose und neutralem Jackett ist oft angenehmer als zerschlissene Strumpfhose und gefärbter Irokesen-Haarschnitt. Da könnte man einmal darüber nachdenken – oder, wie unsere



strationen also bestimmt war von VIELEN. Die **GEW** war auch da, der Bürgermeister von Jever, Stadtabgeordnete, Personen aus dem Museum, Parteien aus dem Stadtrat, Nachbarn (zum Beispiel aus Wittmund!) – viele Menschen eben, die den »Braunen« im Platz innerhalb der Gitter nicht den Platz als Ganzes überließen.

Bundeskanzlerin es sagt: Den Weg vom Ziel her denken.

Es war zwar, so war zu vernehmen, nicht ein einziger Mensch aus Jever auf der braunen Seite, aber falls es jemand auf »Ruhe und Ordnung« absehen sollte, so wäre er bei den Braunen nicht verkehrt. Auf dem Friedhof allerdings auch.



GEW Kreisvorstand Aurich in Klausur

Im September 2014 traf sich der Vorstand des **GEW** Kreisverbandes Aurich zu seiner alljährlichen ganztägigen Klausursitzung. Diskussionsthemen waren u. a.:

- die Schulentwicklungsplanung im Landkreis
- Mitgliederbetreuung und Mit-

- gliederwerbung
- die aktuellen bildungspolitischen Auseinandersetzungen im Land Niedersachsen
- die Situation der TextilarbeiterInnen und ihrer gewerkschaften in Bangladesh und Pakistan
- Arbeits- und Terminplanung

bis April 2015 (Neuwahl des Vorstands)

- die finanzielle Lage des Kreisverbandes
- die Situation der Ortsverbände
- die Vorbereitung von Mitgliederversammlungen
-



Konzentrierte ZuhörerInnen: Gerd Kather, Laura Pooth (stellv. GEW-Landesvorsitzende), Melanie Diehl, Katrin Michels, Silke Utnehmer



Karl Hoops, Silke Utnehmer, Christian Philipp Storm



Helmut Roscher, Dorothea Teckemeyer, Christian Philipp Storm und Gerd Kather beim interessanten Vortrag von Laura

Mitgliederversammlung im GEW Kreisverband Aurich

Ein Tag nach der Mitgliederversammlung in Holtrop war schon Redaktionsschluss des Leuchtturms. Deshalb an dieser Stelle nur so viel bzw. so wenig:

Die Leiterin des Schul- und Kulturamtes beim Landkreis Aurich referierte in ihrer unnachahmlichen Art wie gewohnt sehr sachlich und kompetent den aktuellen Stand der Schulentwicklungsplanung. Die Verwaltung hatte ein Gutachten dazu in Auftrag gegeben. Jetzt, Mitte November, wurden auch die Empfehlungen zu den Grundschulen der Öffentlichkeit bekannt gegeben. (s. <http://www.landkreis-aurich.de/1880.html>)

Der Landesvorsitzende der **GEW** Niedersachsen, Eberhard Brandt, war zu diesem wie auch den beiden weiteren Punkten der Tagesordnung eingeladen. Er

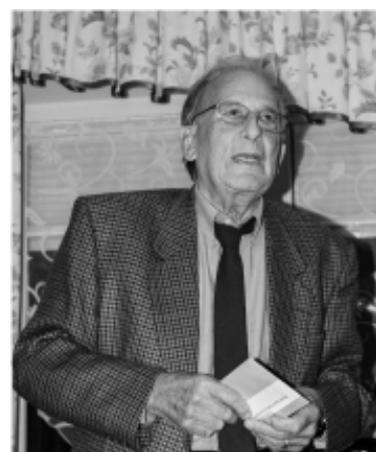
bewertete die aktuelle Bildungspolitik in Niedersachsen, - positiv u. a. einige anstehende Veränderungen des Schulgesetzes sowie die Verbesserungen für die Ganztagschulen, - negativ die „kontraproduktiven“ Maßnahmen der Landesregierung zur Verlängerung der Arbeitszeit der GYM LE und der Kürzung der Altersermäßigung.

Aktuell wird die **GEW** eine Erhebung der Arbeitszeit der Lehrkräfte aller Schulformen starten. (s. EundW vom November). Mittelfristig bestehe sogar die Gefahr, dass aufgrund der Schuldenbremse die Arbeitszeiten noch weiter erhöht werden könnten. Dagegen werde die **GEW** mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfen. „Gegen die **GEW** wird die Landesregierung die nächste Wahl nicht gewinnen“, betonte der Landesvorsitzende.

Wie bedeutsam und einflussreich die gewerkschaftliche Arbeit für die bildungspolitischen Entscheidungen und Entwicklungen im letzten halben Jahrhundert waren, wurde in den Statements anlässlich der Eh-



Hans-Hermann Harms, geehrt für 60 Jahre Mitgliedschaft in der GEW



Gerhard Bolte, geehrt für 66 (!) Jahre Mitgliedschaft in der GEW



Dieter Pautz, re. im Bild, geehrt für 50 Jahre Mitgliedschaft in der GEW (li. im Bild: Eberhard Brandt, GEW Landesvorsitzender)



Peter Wiegmann, re. im Bild, geehrt für 50 Jahre Mitgliedschaft in der GEW



Jürgen Richter, re. im Bild, geehrt für 50 Jahre Mitgliedschaft in der GEW (li. im Bild: Ralf Dittmer, KV Aurich)



„Emil (hier auf den Arm genommen von Nicole Bones, Mitglied des Kreisvorstands) ist dagegen unser jüngstes Mitglied mit dem größten Entwicklungspotenzial. Er verschafft sich gelegentlich lautstark Gehör auf unseren Vorstandssitzungen.“

rung langjähriger Mitglieder der **GEW** überaus deutlich. Wir danken den Kollegen Gerhard Bolte, Eberhard Brandt, Jürgen Richter, Dieter Pautz und Peter Wiegmann für ihre langjährige Mitgliedschaft, die bei einigen von ihnen immer noch als eine sehr aktive begriffen und gelebt wird.

Der neue Geschäftsführende Vorstand des KV Jever stellt sich vor und ruft zur Mitarbeit auf

2014 brachte für den KV Jever Veränderung. Zwei von vier Vorstandsmitgliedern des GV schieden auf eigenen Wunsch am Ende ihrer aktiven Schullaufbahn aus der Vorstandsarbeit aus. Fridolin Haars und Klaus Blume-Wenten hatten die Geschicke des KV in vorderster Linie mit viel Einsatz und Überzeugung erfolgreich geleitet. Die Aufgabe, die sie noch zu bewältigen hatten, war es, Nachfolger zu finden, die ihre Arbeit fortzuführen bereit waren. Das war nicht ganz leicht, da heutzutage alle Kolleginnen und Kollegen bekanntermaßen immer größere Arbeitspäckchen vom gemeinsamen Arbeitgeber abgeschultert bekommen.

als deutlich zu Tage treten lassen.

Wir brauchen also starke Arbeitnehmervertretungen und mehr gesellschaftliche Solidarität. Gewerkschaften sind aber nur dann stark, wenn die Vernetzung von Basis und Funktionärebene stimmt, Kommunikation in beide Richtungen läuft, Mitglieder sich in Zielen und Methoden wiederfinden und dann auch Bereitschaft zeigen, diese Ziele mit ihren gewerkschaften durchzusetzen.

Hier sehen wir die Hauptaufgabe unserer Vorstandsarbeit. Wir vom Vorstand, alle im normalen Schuldienst stehend, wollen dieses Verbindungsnetz nicht zerrissen sehen. Nur so werden wir als Basis an

nicht unbegrenzt offen steht und wir auch nicht Antworten auf alle bildungspolitischen und tarif- und arbeitnehmerrechtlichen Fragen haben. Wir verstehen uns als Scharnier, das die Verbindung von Basis und der (spezialisierten) Funktionärebene der **GEW** herstellt und hält (z.B. bei den wichtigen Personalräte- und Vertrauenslehrerschulungen) und hin und wieder auch mal die Kräfte zu bündeln versucht.

In diesem Zusammenhang sei auch unser Wunsch an alle Mitglieder im KV Jever geäußert, doch in der **GEW** mitzuarbeiten. Viele Schultern tragen mehr und wir können weiteres Engagement gut gebrauchen. Die Fachgruppenarbeit GS und RHO z.B. liegt zur Zeit auch in den Händen von Vorstandsmitgliedern. Fachgruppenarbeit ist aber eine wirklich interessante, eng umrissene und zeitlich auch erträglich belastende Tätigkeit, die gleichzeitig für die Lehrerin/den Lehrer dieser Schulform durchaus nützlich ist. *Gebt euch also einen Ruck und zieht mit!*

Schön wäre es, wenn ihr bei den regelmäßig stattfindenden Stammtischabenden im Marienbräu Jever vorbeischauen würdet und mit uns in gemütlicher Runde über schulische, gewerkschaftliche oder auch ganz andere Dinge reden würdet. *Wir würden uns freuen.*

Heiner Wegener

Die zwei Fotos wurden aufgenommen auf der 2-tägigen Personalräteschulung des KV Jever 20./21.11.14 in Kirchbatten



Aber genau hier liegt im Endeffekt der Punkt, der uns im GV trotz aller Belastungen antreibt, weiter Engagement zu zeigen. Arbeitnehmer ohne starke Gewerkschaften in ihrem Rücken sind allein schwach und den spezifischen Interessen (und auch der Willkür!) der Arbeitgeber wehrlos ausgesetzt. Auch gesellschaftspolitisch bedeutet die Schwächung von gewerkschaften eine politische und ökonomische gewichtsverlagerung zu Gunsten der Reichen und Mächtigen und zu Lasten der Arbeitnehmer und der Armen. Der Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte hat dies mehr

Entscheidungen beteiligt sein und einen direkten Zugang zu den Informationen aus dem Land und aus dem Bezirk und auch zu den Funktionsträgern in der **GEW** haben.

Das neue Vorstandsteam des KV Jever besteht aus zwei bewährten Mitgliedern, Elke Kortendieck und Hans-Ulrich Schwerdt, und den hinzu gewählten Mitgliedern Irka Sjuts (auch Junge **GEW**) und Heiner Wegener. Wir alle arbeiten mit voller Stundenzahl an unseren Schulen – davon zwei in Schulleitungsfunktionen –, was natürlich auch heißt, dass unser Zeitfenster für die **GEW**-Arbeit



Zum Wandel der Gewohnheiten

Hasso Rosenthal

Vom Ende her denken: Handwerker beklagen sich, dass haptische Grundfertigkeiten, handwerkliches Denken oft bei Jugendlichen, bei Auzubildenden fehlen. Das hat eine andere Qualität, denn die alljährlichen Klagen der Kammern über die schwindenden Leistungen der „Lehrlinge“ gibt es seit den 50er Jahren, trotzdem haben diese Facherbeiter den exzellenten Ruf des Handwerks weltweit gefestigt. Heute erleben wir das Digitale erst einmal vom Vorteil her: Wenn wir einen Fehler in einer Tabelle, in einem Text korrigieren wollen, geht das mit Tastatur und Bildschirm schnell und spurlos. Nicht mehr müssen wir mit Tipp-Ex schmieren, mit dem Radiergummi die Seite grauen oder mit der Rasierklinge die Rückseite einer Matritze quälen...

Den Wechsel von der analogen in die Digitalwelt merken wir auch, wenn wir das Rattern im Flughafen vermissen, mit dem früher jedes Buchstabenfeld neu entstand, bis die bleibende Änderung erkennbar wurde: statt Aachen war jetzt Zagreb das Ziel. Wir vermissen nicht nur das Rattern, sondern auch die Pause des Nicht-Wissens.

Ähnlich war das Nichtwissen eine kreative Aufforderung, um im Lexikon einen Begriff nachzuschlagen. Und eben nicht zu „googeln“. Ein Eintrag, das einmalige Nachschlagen reicht nicht. Immer gibt es Querverweise, die erst einmal gefunden werden mussten. Und, wer eine zusammenhängende Information daraus für andere erst einmal schreiben wollte, musste die Fähigkeit des sinngestaltenden Exzerpiers beherrschen. Mit dem Smartphone in der Hand musst Du nicht mehr aufstehen, zum Regal gehen, den passenden Lexikonband herausnehmen und mit angefeuchteten Fingern nachschlagen.

Es besteht durchaus die

Gefahr, dass Denvermögen, weil Denkvorgänge verloren gehen: Die Suche vom Allgemeinen zum Besonderen und zurück. „Jenes Lesen, das eine Frage umkreist wie ein Hund seinen Platz, bevor er sich niederlegt.“ Man ging also Umwege und lief auch Gefahr, sich zu verlaufen(vom Hundertsten zum Tausendsten). Allerdings auch mit der Chance, ungeahnt neue Wissenswelten aufzutun, zu entdecken.

Digital erschüttert mein Zwerchfell der über die Bassbox erschallenden Gitarrenklang (z.B. Intro des Beatlessongs“ A hard days night“), analog perlt aus dem Hammerklavier in hundert Variationen eine Fuge von Bach.

Vielleicht erinnert man sich genau wegen dieser gebrochenen Suche, dem haptischen, offenen Vorgehen, besonders gut. Denn in den digitalen Welten von Google usw. fehlt die Phantasie des offenen Denkens in verschiedene Möglichkeiten. Man kann dies auch die „Freiheit des Denkens“ nennen.

Und die „Freiheit des Handelns“!, wenn ich als Kind schon lerne, wie man mit welchen Regeln, Materialien, Werkzeugen und Zeichnungen ein Werkstück anfertigen kann. Deshalb gab es Curricula, die für die einzelnen Jahrgänge von Klasse 1 bis 10 genau das dem Werk-, Textil-, Kunst- und Technikunterricht zuwies. Und was jetzt AUCH verloren geht.

Vom Anfang her denken: Handwerker beklagen sich, dass haptische Grundfertigkeiten, handwerkliches Denken oft bei Jugendlichen, bei Auzubildenden fehlen. Das hat eine andere Qualität, als die alljährlichen Klagen der Kammern über die angeblich schwindenden Leistungen der „Lehrlinge“. Die gibt es seit den 50er Jahren, trotzdem haben diese Facherbeiter den exzellenten Ruf des

Handwerks weltweit gefestigt. In den 60er bis 90er Jahren den Exportweltmeister Deutschland möglich machten. Link zum reformpädagogischen Ansatz „Arbeitspädagogik“:

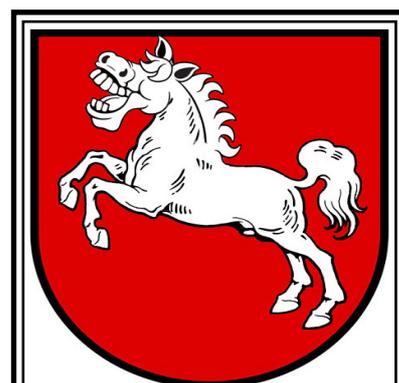
Zur Geschichte der arbeits- und handlungsorientierten Bildung <http://www.GEW-rheiderland.homepage.t-online.de/arbeit-ref.html>

Damals gehörten in der analogen Welt die Fehlersuche, das Nicht-Finden, Noch-Nicht-Finden und das Entdecken, das Selbst-Machen, das Verzeihen über die eigene Schwäche selbstverständlich dazu.

„Es waren wenigstens die eigenen Irrtümer oder Umwege und nicht die eines Algorithmus!“

Quelle: „Suchende“ von Carolin Emke (Süddeutsche, 8. 11. 2014) Carolin Emke ist Philosophin (Yale-University, Bloch-Preisträgerin)

H.Rosenthal <http://www.GEW-rheiderland.homepage.t-online.de/GEW-ov.htm>



Pferdekunde

Ein Schimmel lebt im Bildungsamt und hat sich für das Amt entflammt.

Doch leider hat er, meine Lieben, so manches Gute dort vertrieben. (heinrich herlyn)

Weihnachtsgeld !?!

Hannover, den 11.11.2014
hs/be

Liebe Kollegin Hinrichs-Blessmann,

Ihre Nachricht ist zuständigkeithalber an mich weitergeleitet worden.

In Bezug auf Ihre Fragen will ich zunächst auf die entsprechenden Begründungen sowohl von Gerichtsentscheidungen wie auch auf Landtags- und Bundestagsdrucksachen eingehen:

Das Weihnachtsgeld wurde als Sonderzuwendung beschrieben.

Die anfängliche Sonderzuwendung war eine aus dem Gesichtspunkt der Fürsorge gewährte Aufstockung der Dezemberbezüge mit Rücksicht auf den vermehrten Bedarf zum Weihnachtsfest (sog. Weihnachtsgeld).

Wegen ihres Umfangs, den sie in den 1970er Jahren erreicht hatte, wurde sie von den Bezügel-Empfängern allmählich als fester Bestandteil des Jahreseinkommens betrachtet, nicht nur als eine Fürsorgeleistung aus Anlass des bevorstehenden Weihnachtsfestes.

Bis 1993 wurden 100 % der Dezemberbezüge bezahlt, das entspricht in etwa 12,5 % des Jahreseinkommens.

Das Bundesverfassungsgericht

hat in seiner Rechtsprechung jedoch nie die Anfänge der Sonderzuwendung aus dem Auge verloren und sie zur vollen Disposition des Gesetzgebers gestellt - die Rechtswissenschaft ist dem gefolgt. Als Bestandteil der gesamten Alimentation war daher die Sonderzuwendung nie durch Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz geschützt, da sie nicht zur Kernalimentation gerechnet wurde (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 03.05.2012 - Aktenzeichen: 2 BvL 17/08 -).

Klagen, die sich gegen die Reduzierung oder Streichung der Sonderzahlungen als solche richteten, bleiben deshalb letztlich ohne Erfolg.

Eine andere Frage ist allerdings, ob solche gesetzgeberischen Maßnahmen die Gesamtalimentation bestimmter Beamter auf ein Niveau herabdrückt, die als verfassungswidrige Unteralimentation zu bewerten ist.

So wird die Absenkung bzw. Streichung der jährlichen Sonderzahlung die Alimentation von kinderreichen Beamtenfamilien beeinträchtigen.

In seiner bisherigen Rechtsprechung ging das Bundesverfassungsgericht jedoch immer von dem Leitbild einer vierköpfigen Familie aus.

Die Sonderzahlung war zu-

nächst der Höhe nach begrenzt auf einen Monatsbezug.

Im Jahr 1993 wurde diese Sonderzuwendung „eingefroren“ und war seit dem bis auf 84,29 % eines Dezemberbezuges im Jahr 2003 abgesunken.

Dieses Absinken ging dann weiter bis zum Jahr 2005, in der die Jahressonderzahlung nur noch knapp 50 % betrug und mit den monatlichen Bezüge aufgeteilt mit 4 % Erhöhung dann bezahlt wurde.

Seit dem Jahr 2006 gibt es in Niedersachsen diese Sonderzahlung nicht mehr.

Die Einstellung erfolgte - wie Sie sich denken können - aus haushaltsrechtlichen Erwägungen.

Die **GEW** führt derzeit eine Vielzahl von Verfahren zur Frage, ob nicht doch, wie oben bereits angedeutet, die amtsangemessene Alimentation dadurch beeinträchtigt wird, weil durch den Wegfall der Sonderzahlung mittlerweile der Anschluss der Beamtenbesoldung an andere Gehaltssysteme nicht mehr im vollen Umfang gegeben ist.

Das Bundesverfassungsgericht hat angekündigt, im Laufe des Jahres 2015 eine Entscheidung darüber zu fällen.

Für weitere Rückfragen stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Heidemarie Schuldt

*KollegInnen fragen - die GEW antwortet:
Catharina Hinrichs-Blessmann, stellvertr. KV-Vors.
Wittmund, wollte, da öfter Nachfragen kommen, mal genauer wissen, wie es ums Weihnachtsgeld steht...*

Heidemarie Schuldt ist Rechtssekretärin des GEW-Landesverband Niedersachsen

GEW - Kreisverband Emden ehrte langjährige Mitglieder



Der Kreisverband Emden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft dankte im Rahmen seiner Jahreshauptversammlung folgenden Kolleginnen und Kollegen für ihre langjährige Mitgliedschaft: Ursula Rase und Prof. Konrad Huchting (40 Jahre **GEW**), Rico Mecklenburg (50 Jahre gewerk-

schaftszugehörigkeit), Armin Lautenbach (60 Jahre **GEW**).

Das Foto entstand nach der Überreichung von Ehrenurkunde und Präsent an Bürgermeister und Rektor a.D. Rico Mecklenburg, der bereits mit 15 Jahren in die IG Metall eintrat und später nach Ergreifung des Lehrerberufs zur **GEW** wechselte.

Kreisvorstand der GEW Leer

Bildungspolitische Diskussion mit

Johanne Modder (Vorsitzende der nds. SPD-Fraktion im Landtag)

Hasso Rosenthal

Teilnehmer waren Johanne Modder (Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag), Laura Pooth (stellv. Landesvorsitzende der **GEW**), Frauke Maschmeyer-Pühl (Vorsitzende des Kreis-Schulausschusses), Stefan Kuper (aktiver Elternvertreter), Hasso Rosenthal (Mitglied im Kreisvorstand der **GEW**)

Bei der bildungspolitischen Diskussion des **GEW**-Kreisvorstands mit Johanne Modder verwies diese in ihrem Einleitungsreferat darauf, dass die Bildungspolitik Schwerpunktthema der Landesregierung sei. Sie hebt hervor, dass die Landesregierung aus SPD und Bündnis90/Die Grünen mit der „Zukunftsoffensive Bildung“ im letzten Jahr 420 Millionen Euro für dieses und die kommenden drei Jahre auf den Weg gebracht hat – für mehr verlässliche Betreuung und frühkindliche Bildung, besser ausgestattete Ganztagschulen und Qualitätsverbesserungen. Die Finanzierung erfolge zum größten Teil aus dem Etat, allerdings sei die Mehrarbeit an Gymnasien und die Rücknahme der Altersermäßigung erforderlich gewesen. In diesem Zusammenhang kritisierte Johanne Modder Maßnahmen der Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien, Klassenfahrten einzuschränken. Sie vertrat die Meinung, dass der Ausbau der Ganztagschulen, die Zurücknahme von G8 (Verlängerung der Gymnasialzeit auf 9 Schulbesuchsjahre (G9) und die in Aussicht stehende neue Altersteilzeitregelung eine Arbeitsentlastung für Lehrerinnen und Lehrer ermögliche. Im Hinblick auf die von der **GEW** zur Diskussion gestellten Streikmaßnahmen von verbeamteten Lehrkräften betonte Johanne Modder den Beamtenstatus: Dieser sei

nicht mit dem Streikrecht vereinbar. Sie wies in diesem Zusammenhang auch auf die Stellungnahme des niedersächsischen Beamtenbundes hin.

Als weiteren bildungspolitischen Aspekt griff Johanne Modder das Thema Inklusion auf. Sie betonte, dass ihr die Inklusion „Herzensangelegenheit“ sei. Dabei sei ein besonderes Problem, dass die Zusatzkosten aus dem Etat der Landesregierung genommen werden müssten.

Im Rahmen ihrer Ausführungen wies Johanne Modder allerdings auch auf die finanzpolitischen Rahmenbedingungen hin. 2020 trete die Schuldenbremse des Grundgesetzes in Kraft, losgelöst von der Frage einer weiteren landespolitischen Umsetzung der Schuldenbremse. Danach müsse die Landesregierung 2020 ohne Neuverschuldung auskommen. Das Land habe 1,3 Mrd. Defizit, aber der Schuldenabbau „laufe“. Gleichzeitig betonte sie auch die Erblasten der CDU/FDP-Landesregierung. Belastet würde der Bildungsetat auch noch durch die 12 Mio. Nachzahlung, weil die alte CDU/FDP-Regierung ihre Fürsorgepflicht für die Beschäftigten vernachlässigt habe.

Laura Pooth (stellv. Landesvorsitzende der **GEW**) stellte aus **GEW**-Sicht einige Dinge klar. Gefordert werde, dass dem Haushaltsvorbehalt nicht wichtige Vorhaben zu opfern sei. Man müsse Mittel mehr bereitstellen, um gute Bildung zu finanzieren. Eine sozial gerechte Steuerreform sei nötig. Auch fordert sie behutsamere Reformen in allen Schulformen und bei der Umsetzung der Inklusion. Dazu gehöre gerade auch die Absenkung der Klassenobergrenzen

und ein greifbare Arbeitsentlastung der Beschäftigten im Bildungsbereich und keine weitere Mehrbelastung. Wenn Lehrerinnen und Lehrer mehr belastet würden, dürfe man sich nicht wundern, wenn die **GEW** für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mobilisiere. Sie kritisiert die alte CDU/FDP-Regierung, die Reformen zum Teil nicht solide finanziert habe.

Frauke Maschmeyer-Pühl mahnte eine Schulentwicklung in Richtung auf Gesamtschulen an.

Hasso Rosenthal erinnerte an den ehem. Landesvorsitzenden Heinrich Lohmann, der mit Arbeitsniederlegung drohte (nachdem er in Salzgitter in der gut organisierten Region gefragt hatte), um zu erzwingen, dass die Besoldung Ende der 60er Jahre erheblich verbessert wurde. Die **GEW**-Position zur Regelung zur Altersteilzeit: Sie ist kein Ersatz für Wiedereinführung der Altersermäßigung!

Mit einem Fragenkatalog aus den Positionen des Landesvorstandes (Eberhard Brandt und Laura Pooth) hatte der Kreisvorstand die Diskussion vorbereitet. Daraus sollen einige Punkte hier herausgestellt werden. Insgesamt war die Diskussion sehr viel umfassender, aber sachlich.

- Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz bereiten eine Initiative zur Aufhebung des Kooperationsverbots der Länder mit dem Bund vor.
- Die Landesregierung überlässt die Entscheidung, ob kleine Schulstandorte geschlossen werden, dem Schulträger.
- Die Einführung von kostenlosen Kindertagesstätten sei nicht finanzierbar.
- Zur Frage der Verbesserung der Lage der Erzieherinnen

- im Elementarbereich gebe es eine aktuelle, intensive Debatte.
- Frauke Maschmeyer-Pühl kritisiert die „Gesamtschulenthaltsamkeit“ des Landkreis Leer. Schulentwicklungsplanung stehe hier nicht zur Debatte.
 - Johanne Modder verwies darauf, dass der Landkreis viel Geld in den Ausbau von Schulen gesteckt hätte.
 - Hasso Rosenthal und Stefan Kuper sehen das kritisch, da eine positive Entwicklung für barrierefreie Schulen nicht erkennbar sei.
 - Die **GEW** fordert eine demokratischere Schulverfassung mit einer Stärkung der Rolle der Gesamtkonferenz.
 - Für die Umsetzung der Inklusion geht die Landesregierung mehr ein. Für Barrierefreiheit der Schulen und mehr Diagnose- und Fördermaterial soll mehr geschehen.
 - Um die politische Bildung zu fördern, soll eine Koordinierungsstelle Politische Bildung eingerichtet werden.
 - Dass keine Landeszentrale für politische Bildung eingerichtet werden soll, fand scharfe Kritik.
 - Eine bessere sachliche und schulische Ausstattung der Berufsschulen ist geplant.
 - Berufsorientierung soll in den Schulen systematisch weiterentwickelt werden.

GEW = Gemeinsam aElter Werden ???

Wie in vielen anderen **GEW** Kreisverbänden, so ist es auch im **GEW** KV Norden Tatsache: *Die aktiven GEW KollegInnen werden immer älter.*

Somit überlegten wir, was wir unternehmen könnten, um „junge KollegInnen“ für die **GEW**-Arbeit vor Ort zu interessieren. Wir stellten fest, dass in den letzten 5 Jahren über 70 KollegInnen in die **GEW** eingetreten waren. Sie wurden persönlich angeschrieben und zu einem Treffen in Norden eingeladen.

Fragen wie: „Was macht eigentlich die **GEW**?“ oder „Wie sind die Strukturen in der **GEW**?“ Vom Kreisverband vor Ort über die Fachgruppen bis hin

zur Landes- und Bundes-**GEW**, aber auch die Frage: „Warum bist du in die **GEW** eingetreten und was wünschst du dir von der **GEW**?“ sollten diesen Abend füllen.

Zugegeben, die Massen kamen an diesem Abend nicht – es war aber für alle ein interessanter Abend. Für die „alten“ **GEW**-KVmitglieder besonders interessant, welche beruflichen Wege und wie viele Hürden junge KollegInnen hinter sich bringen müssen, um da zu landen, wo sie heute sind. Für die „neuen“ **GEW**lerInnen ein Abend mit vielen Informationen.

In der darauf folgenden **GEW**-KV-sitzung, 3 Wochen später, konnten wir eine neue **GEW**-Kollegin begrüßen und eine

weitere **GEW**-Kollegin hat Interesse bekundet.

Unser nächstes Treffen mit interessierten „jungen **GEW**lern“ soll im Februar 2015 stattfinden. Wir werden alle noch einmal schriftlich einladen.

Wer Interesse hat, kann sich auch telefonisch melden:

04931/ 167171 (Peter)

04934/ 6766 (Herbert)

Wir freuen uns auf unser nächstes Treffen!

04931/ 74474 (Anette)

GEW Kreisverband Norden

Kleine persönliche Anmerkung zum Schluss:

Wir sind froh, dass wir euch **GEW** SeniorInnen in unseren Reihen haben, denn ihr erledigt viel Arbeit für uns – DANKE !!!

Anette Hillen

GEW Emden fordert 3. Fachkraft für Krippen sofort!

Die Jahreshauptversammlung der **GEW**, Emden hat sich am 23.10.14, nach eingehender Diskussion einstimmig für eine dritte Fachkraft in den Emden Krippen ausgesprochen. **Die GEW fordert die Politiker und Ratsmitglieder auf, dafür zu sorgen, dass die Einsetzung einer Erzieherin als qualifizierte 3. Fachkraft in Vollzeit erfolgen kann.** Außerdem fordert die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft die weitere Reduzierung der Gruppengrößen in

Krippen, Kindergarten- und Hortgruppen um jährlich weitere 2 Kinder, bis die auch vom Qualitätszirkel der Stadt Emden - empfohlene Gruppengröße von 18 Kindern erreicht wird.

Diese Forderungen werden deshalb gestellt, weil zahlreiche Studien den Zusammenhang zwischen der Fachkraft-Kind-Relation und der Qualität der pädagogischen Arbeit in den Krippen-, Kindergarten- und Hortgruppen belegen.

Je günstiger diese ist, umso

besser entwickeln sich die Kinder sowohl im sozial-emotionalen als auch im sprachlich-kognitiven Bereich.

Die verbale Interaktion zwischen Erzieherinnen und Kindern verbessert sich signifikant, je kleiner die Gruppen sind. Je jünger die Kinder sind, umso bedeutsamer ist dieses für gelingende Entwicklungs- und Bildungsverläufe. Eltern und pädagogische Fachkräfte bilden dabei eine Erziehungspartner-schaft zum Wohl des Kindes.

*Renate Isenburg
(stellvertr. Vorsitzende GEW-Emden)*

Stellungnahme der GEW Kreisverbände Aurich und Norden zur

Schulentwicklungsplanung im Landkreis Aurich

1. Die Vorgehensweise des Landkreises Aurich ist grundsätzlich zu begrüßen!

Die demografische Entwicklung zwingt die Schulträger im Land Niedersachsen zu zum Teil unpopulären Entscheidungen. In vielen Regionen verläuft die Diskussion unkoordiniert und verliert sich in Einzelentscheidungen. Dort rächt sich die Vorgehensweise der alten Landesregierung, die die Verpflichtung der Schulträger zu einer kontinuierlichen Schulentwicklungsplanung aus dem Nds. Schulgesetz gestrichen hat. Erschwerend kommt hinzu, dass sich Schulen des SEK I-Bereichs sowohl in Trägerschaft der Gemeinden wie auch des Landkreises befinden. Dieses gilt auch für den LK Aurich. Es ist allerdings festzustellen, dass sich hier Politik und Verwaltung um eine breite Information und Beteiligung bemühen. Die engagierte Herangehensweise der Verantwortlichen verdient Anerkennung.

2. Das Gutachten der Beratungsfirma Biregio bildet eine gute Grundlage für die weiteren Beratungen und die anstehenden Entscheidungen.

Aufgrund der gewonnenen Umfrageergebnisse und der gesicherten Datenmenge bildet es gute Voraussetzungen, um die schulpolitische Diskussion vor Ort zu versachlichen. Eine eindimensionale Auseinandersetzung auf dem Niveau verkürzender Parolen (z.B. „kurze Wege für kurze Beine!“) kann so vermieden werden. Scheuklappenperspektiven werden nicht weiter helfen: es geht darum, der Komplexität der Problematik gerecht zu werden. Auch bei legitimer unterschiedlicher Interpretation wird man um eine Einbeziehung der gesicherten Fakten des Gutachtens nicht herum kommen.

3. Vorhandene Ressourcen müssen sowohl auf kommunaler wie

auf Landesebene genutzt werden, um die Qualität des gesamten Bildungsangebotes anzuheben.

Wichtig ist zunächst, dass alle Ressourcen „im System“ bleiben. Das betrifft sowohl die Schulträger (Räume, SchülerInnentransport, nicht lehrendes Schulpersonal...) wie auch das Land. Schließungen und Zusammenlegungen von zu kleinen Einheiten ermöglichen notwendige Verbesserungen in anderen Bereichen (Z.B. Ganztags, Inklusion, Schulsozialarbeit...). Sie bieten zudem die Möglichkeit, die ständig gewachsenen Belastungen für das Lehrpersonal zurückzufahren. Z. B. sitzen in den Klassen der Gymnasien und Gesamtschulen nach wie vor viel zu viele Kinder/Jugendliche. Die Unterrichtsverpflichtung besonders für Grundschullehrkräfte ist angesichts der extrem gestiegenen Belastungen (Veränderte Kindheit, Ganztagsangebote, Inklusion...) viel zu hoch und muss dringend abgesenkt werden.

4. Alle von der Schulentwicklungsplanung Betroffenen müssen „mitgenommen“ werden.

Umwidmungen, Zusammenlegungen und Schließung von Schulen erzeugen Unsicherheit – nicht nur bei KommunalpolitikerInnen und Eltern, auch bei Lehrkräften und anderen an der Schule Beschäftigten. Schulträger, aber insbesondere die Landeschulbehörden haben die Aufgabe, frühzeitig zu informieren und eventuell Stufenpläne zu erstellen. Die Qualität einer „auslaufenden“ Schule muss gesichert sein. Es muss deutlich gemacht werden, dass eine eventuelle Schließung einer Schule nichts mit der konkreten Arbeit der Beschäftigten zu tun hat. Alle Personalmaßnahmen sind mit möglicherweise Betroffenen rechtzeitig zu erörtern. Dabei sind die Schwerbehinderten und Gleichstellungsbeauftragten sowie die Personalvertretungen angemessen zu beteiligen. In Nordrhein-Westfalen z.B. gibt es zu diesem Problemfeld eine schriftliche Ver-

einbarung zwischen dem Schulministerium einerseits und der **GEW** u.a. andererseits.

5. Schulentwicklung ist mehr als Raumoptimierung und Elternbefragung.

Auch wenn das Biregio-Gutachten eine gute Grundlage bildet: um inhaltliche Diskussionen und bildungspolitische Entscheidungen wird man nicht herumkommen. Nicht jede raumoptimierende Maßnahme verträgt sich mit dem pädagogischen Profil (Schulprogramm) einer Schule, nicht jede Umwidmung oder Zusammenlegung lassen auch eine Verbesserung des Bildungsangebotes erwarten. Integrierte Gesamtschulen z.B. können ihre Aufgabe als Alternative zum Gymnasium nur wahrnehmen, wenn sie auch auf inhaltlicher Ebene (Fremdsprachen, Wahlpflichtangebote, Oberstufe...) ein vergleichbares Angebot wie das Gymnasium bieten. Nur so (also bei entsprechender Größe) bildet sich die Leistungsbreite eines Jahrgangs repräsentativ ab – ein entscheidendes Merkmal einer IGS.

6. Es geht um die Schaffung einer „Bildungslandschaft“ im gesamten Landkreis und nicht um Einzelinteressen.

Auch wenn die Empfehlungen von Biregio zu den Grundschulstandorten und zum berufsbildenden Schulwesen noch einbezogen werden müssen, stimmen einige der bis heute wahrzunehmenden Reaktionen in der Öffentlichkeit bedenklich. Unvorbereitete Stellungnahmen, persönliche Gekränktheiten und Fokussierung auf lokale Interessen helfen nicht weiter. Es gilt viele Aspekte zu berücksichtigen, nicht zuletzt die Frage, wie sich z.B. die Abiturquote in unserer Region deutlich erhöhen lässt.

Um den Landkreis Aurich für die nächsten 20 Jahre bildungspolitisch „fit zu machen“, hat die notwendige Diskussion begonnen. Die **GEW** wird sich weiter einmischen.

Beschlossen im September 2014

Deutscher Gewerkschaftsbund

Region Oldenburg-Ostfriesland

Region Oldenburg-Ostfriesland

DGB zum Zentralklinikum Aurich-Emden

13. Oktober 2014

Der DGB-Kreisverband Aurich und der DGB-Stadtverband Emden trafen sich am 09. Oktober 2014 mit den Betriebsräten der Ubbo-Emmius-Klinik Aurich/Norden (UEK) und des Klinikums Emden, um deren Standpunkt zum Zentralklinikum zu erfahren. Mit dabei waren auch Vertreter der ver.di-Ortsvereine Aurich, Emden und der ver.di-Fachbereichssekretär für das Gesundheitswesen, Natalia Fontana.

Nach dem Austausch von Argumenten für und wider einer zentralen Klinik, in der geographischen Mitte zwischen den drei Standorten, waren sich letztendlich die Beteiligten der Zusammenkunft einig, um ein Zentralklinikum zum Erhalt der

Krankenhausversorgung der Bevölkerung in öffentlicher Trägerschaft nicht herum zu kommen. Andernfalls drohen die Privatisierung der Krankenhäuser und später die Schließung von Abteilungen oder ganzen Häusern aufgrund weiterer Defizite, wie man in anderen Regionen der Republik beobachten kann.

„Voraussetzung für die Zustimmung der Betriebsräte ist jedoch die Unterzeichnung der Absichtserklärung (Letter of Intent) in der u.a. die Tarifbindung durch die Mitgliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband festgeschrieben ist“, so Gabriele Goldenstein, Betriebsratsvorsitzende der UEK. Dietmar Bretzler, Vorsitzender des BR Emden Klinikum,

ergänzt:

„Betriebsbedingte Kündigungen müssen ausgeschlossen sein!“

In der Sitzung wurde ebenfalls die Forderung erhoben, dass sich der Bund und die Länder stärker an der Finanzierung der Krankenhäuser beteiligen müssen, um der Bevölkerung eine gute, flächendeckende Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. „Es kann nicht sein, dass der Gesetzgeber den Krankenhäusern immer höhere Auflagen erteilt, die finanziellen Mittel dafür jedoch nicht bereitstellt und so die Kommunen im defizitären Regen stehen lässt“ so der DGB-Kreisvorsitzende Werner Schlender.

GEW-Personalräteschulungen 2014/ 2015

Wie in jedem Jahr führt der Bezirksverband der **GEW** wieder ganztägige Personalräteschulungen durch.

Die Einladungen zu den Schulungen werden von den Kreisverbänden/den Fachgruppen verschickt.

Sollten Sie an dem für Ihren Kreisverband vorgesehenen Termin verhindert sein, so nehmen Sie wegen der Teilnahme an der Schulung in einem anderen Kreisverband bitte Kontakt auf mit der/ dem Kreisvorsitzenden.

Die inhaltliche Vorbereitung und die Leitung der Schulungen liegen bei den Mitgliedern der **GEW**-Fraktion im SBPR.

Themen in diesem Jahr sind u.a.:

- Änderungen rechtlicher Vorgaben
- Arbeits- und Gesundheitsschutz
- Arbeitsbelastungen und -entlastungen
- Ganztage
- Probleme aus dem Schulalltag

Kreisverband/	FG	Termin der PR-Schulung	Ansprechpartner/in im KV/ in der FG
Aurich		04.12.2014	04941-62317 (Dorothea Teckemeyer)
Emden		01.12.2014	04921-45266 (Dr. Josef Kaufhold)
Jever		20.11.2014	04464-8150 (Klaus Blume-Wenten)
Norden		04.12.2014	04931-167171 (Peter Nowak)
Varel		02.12.2014	0441-24013 (Ramona Kühlcke, GEW -Büro OL)
Wilhelmshaven		18.11.2014	04421-87117 (Wolfgang Niemann-Fuhlbohm)
Wittmund		25.11.2014	04975-501 (Klaus-Jürgen Richter)
Gymnasien		13.01.u.12.02.2015 16.02.2015 in OS	in OL 0441-16719 (Sabine Nolte)
Gesamtschulen		N.N.	01573-4634709 (Ralf Dittmer)
BBS		25.11.2014	0179-2920666 (Frederick Schnittker)

Älter werden mit Humor

Erfolgreicher Start der Seniorenarbeit im KV Wilhelmshaven

Renate Herde

Im KV Wilhelmshaven gibt es ein neues Angebot für Seniorinnen und Senioren. Als Auftaktveranstaltung zu regelmäßigen informativen und unterhaltsamen Frühstückstreffen konnte Renate Herde im Juni und Juli viele der über 50 Ruheständler des Kreisverbandes begrüßen.

In einer ersten Veranstaltung gab die Humortrainerin Maike Carls aus Reepsholt Anregungen und Bestätigung für eine humorvolle Art des Alterns und Älterwerdens. An vielen Beispielen zeigte sie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf, wie man den Ruhestand trotz vieler gesundheitlicher Einschränkungen mit Humor genießen kann und dabei Lebensqualität erfährt, die wieder Kraft für Engagement bietet. Sie verknüpfte dabei Erkenntnisse der Altersforschung mit denen der „Wissenschaft des Lachens“. Menschen werden unterschiedlich alt, immer geprägt auch durch kulturelle und persönliche Unterschiede. Mehr Humor zu entwickeln und ihn zu pflegen hilft allen.

So wurde auf dieser Veranstaltung vor allen Dingen viel gelacht.

„Oma, jetzt bin ich an dir vorbeigerennt, jetzt bin ich fast ein Rentner.“



In einer zweiten Seniorenveranstaltung informierten 12 Kinder der Grundschule Voslapp mit ihrem Communautenprojekt über das historische Wilhelmshaven. Dabei arbeitete die Schule mit dem Deutschen

Marinemuseum, dem Küstenmuseum und der Landesbühne zusammen. Das Projekt wurde von der Stiftung Niedersachsen gefördert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der **GEW**-Senioren wurden durch Bant und die Südstadt zu einzelnen Stationen geführt. Hier führten die Schülerinnen und Schüler als Kinder von vor 100 Jahren jeweils kurze Szenen auf. So wurden die Senioren z.B. von Margarete, einem Werftarbeiterkind, empfangen, die wie viele andere Frauen und Kinder am Ende der Marktstraße darauf wartet, dass das Signal zur Mittagpause auf der Kaiserlichen Werft ertönt. Sie ist den weiten Weg aus Bant gekommen, um ihrem Vater das Essen zu



bringen. Der baut, wie sie stolz erzählt, Schiffe für den Kaiser. Beim Denkmal für Prinz Adalbert führen die Geschwister Anneliese und Leopold ihre Sonntagskleidung spazieren. Warum nur muss er Geige lernen, wo er doch später zur Marine will, fragt sich der Junge im Matrosenanzug. Dass seine Schwester Klavier spielt, ist für ihn kein Argument. „Du bist ja auch ein Mädchen.“ Eigentlich dürfen sie sich als Offizierskinder in ihrem Sonntagsstaat nicht schmutzig machen. Aber als dann Heinrich, ein Kind aus der

Werftarbeitersiedlung Bant, mit seinem Fußball auftaucht, können sie beide der Versuchung nicht widerstehen.

Minna dagegen hat keine Zeit mehr zum Spielen. Sie ist gerade 14, muss aber schon von morgens bis abends arbeiten. Doch im Zwölfmännerhaus am Adalbertplatz gibt es nicht nur reichlich zu putzen, sondern von Zeit zu Zeit „hohe Gäste“ zu erleben. „Das ist spannend“, sagt die kleine Mamsell. Sie kann mit dem verdienten Geld nicht nur die Familie unterstützen. Sie hat auch endlich ein eigenes Bett.

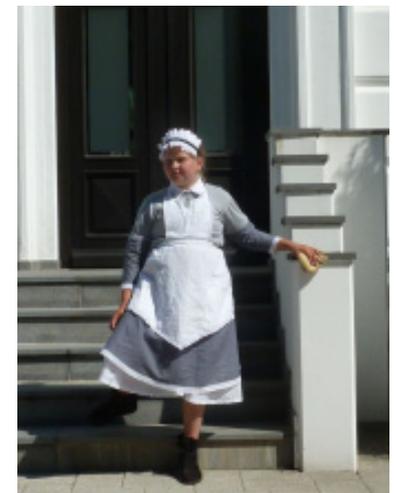


Ein Junge im Matrosenanzug wartete am Kai auf seinen heimkehrenden Vater.

Unterschiedliche Perspektiven, viel zum Nachdenken über damals und heute. Die Senioren waren begeistert.

„Sich unterhalten – sich informieren – Kontakte pflegen“

Unter diesem Motto werden 2015 im März und im September vom KV wieder Frühstückstreffen angeboten. Dabei soll es unter anderem um Themen der Versorgung, pädagogische Fragen, gewerkschaftliche Ideen und Interessantes in Wilhelmshaven gehen.



Enercon behindert die Arbeit von Betriebsräten und setzt aktive Gewerkschafter massiv unter Druck

Drohungen in Vieraugengesprächen: Vor der Betriebsratswahl, die die IG Metall im Gusszentrum Ostfriesland (GZO) in Georgsheil bei Aurich eingeleitet hatte, versuchten Vorgesetzte, Beschäftigte einzuschüchtern und Kontakte mit der Gewerkschaft zu verhindern. Auch nach Bekanntgabe der Kandidaten auf der gewerkschaftsnahen Liste machte die Geschäftsführung weiter erheblichen Druck: »Hochqualifizierte Kollegen wurden zum Schleifen der Gussteile abgestellt«, berichtet ein Metalller. Es gab Abmahnungen und Versetzungen, die jeglicher Grundlage entbehren. Für einige bedeutete das enorme Gehaltseinbußen, weil dadurch die Schichtzulagen fehlten.

Auch in einem Enercon-Betrieb in Magdeburg gibt es einen drastischen Fall, der inzwischen bundesweit für Schlagzeilen gesorgt hat: Dem Betriebsratsvorsitzenden des Tochterunternehmens WEA Service Ost in Magdeburg, Nils-Holger Böttger, wurde aus fadenscheinigen Gründen fristlos gekündigt. Er hatte sich für Leiharbeiter eingesetzt. Die Geschäftsführung wirft ihm vor, dem Unternehmen dadurch schweren Schaden zugefügt zu haben. Das Verfahren vor dem Arbeitsgericht läuft.

Viel Solidarität. Die Unterstützung für die Kollegen ist groß: Innerhalb weniger Wochen haben mehr als 17.000 Menschen mit ihrer Unterschrift gegen Abmahnungen, Kündigungen und Mobbing im Zusammenhang mit Betriebsratswahlen beim Windkraftanlagenhersteller Enercon protestiert. Unter dem Motto »Betroffen ist einer – gemeint sind alle« hatte

die IG Metall bundesweit in Betrieben, auf Veranstaltungen und in der Öffentlichkeit Unterschriften gesammelt, mit denen die Geschäftsführungen der einzelnen Tochterunternehmen aufgefordert werden, die Behinderung von Betriebsratswahlen zu stoppen.

„Es passt nicht zusammen, dass Enercon massiv von Steuergeld profitiert, aber gesellschaftliche Grundregeln nicht akzeptieren will. Die Beschäftigten werden sich ihr demokratisches Recht auf Betriebsratswahlen und Mitbestimmung nicht nehmen lassen“, sagte Meinhard Geiken, Bezirksleiter der IG Metall Küste.

Allein bei VW und Autovision in Emden beteiligten sich innerhalb weniger Tage mehr als 3000 Beschäftigte an der Aktion. Auch aus vielen Enercon-Betrieben und anderen Unternehmen wie Still in Hamburg, der Peene-Werft in Wolgast sowie Powerblades und Areva Wind in Bremerhaven gab es Solidaritätsbekundungen.

Inzwischen haben sich auch zahlreiche Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker zu Wort gemeldet und ihre Solidarität mit den Beschäftigten erklärt. So gab es Anfang November einen Austausch von Enercon-Betriebsräten mit Politikern aller Auricher Stadtratsfraktionen, dem SPD-Bundestagsabgeordneten Johann Saathoff und dem Auricher SPD-Landtagsabgeordneten Wiard Siebels. Michael Hehemann, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Emden,

forderte die anwesenden Politiker zum gemeinsamen Handeln auf, um Gespräche von Beschäftigten, Gewerkschaft und Enercon-Geschäftsleitung auf Augenhöhe zu ermöglichen. „Wir haben diesen Termin organisiert, damit die Politiker sich ein eigenes Bild machen können und die Stimmen der Beschäftigten endlich gehört werden“, so Hehemann. „Wir sind jederzeit zum Dialog bereit und setzen darauf, dass auch die Geschäftsführung von Enercon diesen nicht länger verweigert.“

Arbeit gestartet. Es gibt aber auch andere Enercon-Betriebe, in denen die Betriebsratswahlen dagegen weitgehend reibungslos liefen. Bei der Rotorblattfabrik Aero Ems in Haren und bei WEC Turmbau in Emden haben sich die Gremien inzwischen konstituiert. Vertreter der IG Metall sind bei den Sitzungen dabei. Ein wichtiges Thema in Emden ist der Arbeitsschutz: »Hier kann noch einiges verbessert werden«, sagt Dirk Ernst, Betriebsrat bei WEC Turmbau. Außerdem geht es um die Planung der Arbeitszeiten: »Wenn Samstagarbeit nötig ist, muss sie vernünftig geplant und mit dem Betriebsrat abgesprochen werden.« Und der Betriebsrat sagt auch: »Das Bild von Enercon muss sich ändern. Der schlechte Ruf muss weg.«

Von Heiko Messerschmidt, IG Metall Küste

Neben den lokalen Zeitungen befassen sich auch überregionale Medien mit dem Windanlagenbauer: Auszug aus SPIEGEL 20/2014 (s. unten) und ein ganzzseitiger Artikel in der SZ - zu lesen unter <http://www.igmetall.de/internet/artikel-in-der-sued-deutschen-zeitung-vom-31-10-2014-14742.htm>

„Zielperson“ Betriebsrat

Mitbestimmung Lin. Fremd aus den USA erlasst Deutschland: Viele Firmen mobben ihre Arbeitnehmervertreter.



Enercon Bei dem Windradbauer beschweren sich Beschäftigte, sie hätten Kandidaten der Geschäftsführung in den Wahlvorstand wählen sollen.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen

Aktion »warming-up«

Fit für Protest! Dezentrale Schulaktionstage vom 20.–23. Oktober 2014



Her mit der versprochenen Altersermäßigung!
Keine Arbeitszeitverlängerung!

Mehr Informationen unter <http://arbeitszeit.gew-nds.de>



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen **GEW**





Förderschule, Großheide



Oberschule Hohenkirchen, Wangerland



Grundschule Simonswolde, Ihlow-Simonswolde



Grundschule Pewsum, Krummhörn



Grundschule Hooksiel, Wangerland

VIDEO: www.gew-wittmund.de



Grundschule Harlinger Weg, Jever



Carl-Gittermann Realschule, Esens

„Eier, Pulswärmer, Brombeerblätter“

Ausstellungseröffnung im Schulmuseum Folmhusen zur Sonderausstellung
„Mobilisierung der Schule im 1. Weltkrieg“

Hasso
Rosenthal

Zahlreich waren die Gäste aus der Region Weser-Ems gekommen, um bei der Eröffnung der Ausstellung in Westoverledingen dabei zu sein. Die Begrüßung sprach der Vorsitzende des Musumsvereins Klaus Kluth (ehem. Kreisvorsitzender der **GEW** und pens. Rektor der Möörkenshule Leer). Er dankte dem Team, besonders Wimod



Reuer, die in wochenlanger Arbeit Tag und Nacht daran gessen haben, die Ausstellung zu ermöglichen. Gabriele Ostholthoff, stellvertretende Bürgermeisterin von Westoverledingen hob hervor, dass damals schon Kinder Teil der Mobilisierung für den Krieg waren. „Wir sind

Enkel und Urenkel derer, die nach schrecklichen Erlebnissen und teilweise entstellt aus dem Krieg zurückkamen.“ Sie betonte, wie sehr dieser Krieg die Welt verändert habe und bis heute wirke. Deshalb sei es wichtig, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Anschließend sprach Tanja Schäfers, die Geschäftsführerin des Deutschen Roten Kreuz (Leer). Sie berichtete von den Diensten des DRK, um die Versorgungsmängel und die Not der Bevölkerung zu lindern. Erstmals wurde ein Netzwerk der Auskunft über Verschollene aufgebaut. Besonders betroffen waren die unteren Schichten. Das Rote Kreuz engagierte sich an den Fronten, um unabhängig Verletzte zu versorgen, zu heilen und zu transportieren. Sie erinnerte daran, dass auch heute Krieg in vielen Ländern den Alltag bestimmt und Hilfsorganisationen ihre guten Dienste tun. Um in Folmhusen eine Spende für leidende Kinder im Krieg zu sammeln, haben Mitglieder des DRK Pulswärmer gestrickt, die man im Museum erwerben kann.

Dr. Paul Weßels (Leiter der Landschaftsbibliothek Aurich

der Ostfriesischen Landschaft) fand es wichtig, dass hier eine Forschungslücke geschlossen wird. Er verwies auf mehrere theoretisch ähnliche Ausstellungen im Bereich Ostfrieslands.

Zur Illustration des damals gebräuchlichen Chorsingens im Unterricht sangen Tim, Jonas, Marwin und Siebo der Grundschule Flachsmeer unter der Leitung der Klassenlehrerin Nicole Lind ein seinerzeit sehr gebräuchliches Lied. Dazu trugen sie Matrosenanzüge, die die Kinder gehobener Stände sich damals leisten konnten.

Burkhard Schäfer, vom Arbeitskreis Ostfriesische Schulgeschichte der **GEW**, berichtete umfassend über das Thema: „Schule und Lehrer im 1. Weltkrieg“. Geschicht verflocht er das Geschehen mit dem Schicksal eines Bürgers seiner Zeit, der des Johann Gerhard Brabander, der 1911 zwei Jahre „Dienst“ in der Reichswehr leistete und 1914 für den Krieg eingezogen wurde. Er erlitt mehrere Verletzungen und starb 1917 mit 26 Jahren in Flandern. Viele Landarbeiter arbeiteten damals als Knechte auf den Polder- und Gutshöfen. Grund-



Burkhard Schäfer



Klaus Kluth

prinzipien waren Befehl und Gehorsam. Gottesfurcht und Obrigkeitsglaube an „den Kaiser“ wurde den Jugendlichen auch mit der Rute eingebläut. Der Hurrapatriotismus verdeckte die Ängste und Sorgen derer, die wussten, dass Krieg immer Not

und Tod bedeutet. 111 ostfriesische Lehrer starben im 1. Weltkrieg als Soldaten. Eine der anderen Folgen des Krieges war auch, dass Schulkinder um ihre Kindheit mit Drill und Militaria betrogen wurden. Burkhard Schäfer betonte, dass es bei der Ausstellung auch um Friedenserziehung ginge.

Die Leiterin des Schulmuseums Wi-mod Reuer erzählte, wie sehr sie und Burkhard Schäfer auf die Schulchroniken zurückgreifen konnten. Sie schilderte kurz den Aufbau der Ausstellung:



„Ihr könnt ja gleich alles selbst sehen!“ Sie dankte herzlich allen Beteiligten für die gute Mitarbeit.

Mit einem kundig begleiteten Gang durch die Ausstellung endete die Eröffnungsveranstaltung.



Wir stehen am Anfang

Eine gemeinsame Initiative von verdi, dem entwicklungspolitischen Netzwerk INKOTA und der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international fordert faire Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken in Asien: „Ausbeutung ziehen wir uns nicht an“. Die Vorsitzenden von DGB, verdi und IG Metall fordern in ihrem untenstehenden Aufruf „Wir stehen am Anfang“ zu Solidarität auf.

Kein Brandschutz an den Arbeitsplätzen, keine Versicherung im Krankheitsfall, sechs Tage die Woche 14 Stunden für einen Hungerlohn arbeiten. Wer einer Gewerkschaft beitrifft, riskiert seinen Job. Gewerkschaftsmitglieder werden verprügelt, entführt und verhaftet.

Vor zwei Jahren, am 11. September 2012, verbrannten in Karatschi (Pakistan) 259 Menschen, eingeschlossen in einer illegal umgebauten, nicht registrierten Textilfabrik. Hunderte verloren das Einkommen, an dem ihre fünf-, sechs- oder siebenköpfige Familie hängt. Die Fabrik arbeitete fast ausschließlich für ein großes deutsches Textil-Unternehmen, das die verzweifelten Überlebenden und Angehörigen jetzt mit Almosen abspeisen will. Die Verhandlungen werden verschleppt, der deutsche Auftraggeber bietet nur einen Bruchteil der angemessenen Entschädigung an. Kein Einzelfall, sondern leider Alltag im globalen Textilgeschäft.

Wir stellen mit Schrecken fest:

In Südasien wird unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen genäht, was wir in den Fußgängerzonen unserer Städte kaufen. Kleidung, an der Blut klebt. Was in Pakistan geschah, hat sich in Bangladesch wiederholt, mit noch mehr Tötungen und Verletzten. Trotz der Katastrophe werden die Schwachen, die Näherinnen und Näher, weiter betrogen. Sie sind völlig schutzlos.

Das ist untragbar. Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie zäh, wie lange auch in unserem Land um eine menschenwürdigere Arbeit und gewerkschaftliche Rechte gekämpft werden muss. Die Kolleginnen und Kollegen brauchen jetzt unsere Solidarität. Sie brauchen eine angemessene Entschädigung, sie brauchen bessere Arbeitsbedingungen und eine anerkannte gewerkschaftliche Vertretung. Wir alle brauchen ein deutlich verschärftes Haftungsrecht, das deutsche Unternehmen auch im Ausland auf Arbeitssicherheit, bessere Arbeitsbedingungen und Anerkennung des Arbeitsrechts

verpflichtet.

Wir alle sind die Öffentlichkeit. Wir bitten Sie um eine Spende für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Wir tun das nicht, um die Unternehmen aus ihrer Verantwortung zu entlassen, im Gegenteil: Wir wollen Druck machen. Wir spenden für einen Opferfonds, der medizinische Behandlungen unterstützt. Wir tragen zur Finanzierung von Gerichtsverfahren gegen die Schuldigen hier in Deutschland bei. Und: Wir unterstützen den Ankauf eines Gewerkschaftshauses in Karatschi. Es geht um gute Arbeit und gutes Leben. Überall. Helfen Sie mit!

Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender,

Frank Bsirske, verdi-Vorsitzender

Detlef Wetzel, IG-Metall-Vorsitzender

medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse,

IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00, Spendenstichwort: Gewerkschaftshaus Karatschi

Woran kann die Inklusion scheitern?

We have a dream
Es ist ein allgemeiner Traum, dass Kinder mit und ohne Handicap gemeinsam leben und lernen, und jedes so gefördert wird, dass sie/er alltagsfähig die Schule in den Lebensalltag und die Berufstätigkeit verlässt.

Vom Ende her denken.

Ein Schüler, nennen wir ihn Karl, ist Spastiker. Er ist geh-, und sprachbehindert. Seine Körperfunktionen hat er nicht immer unter Kontrolle. Die Eltern haben sich frühzeitig dafür engagiert, dass er das Leben „in der Gemeinde“ mit Alterskameraden problemfrei mitmachen kann. Er ging in den „normalen“ Kindergarten, durchlief Grundschule, Orientierungsstufe und Hauptschule, fand immer Lehrer und Mitschüler, die sich seiner angenommen haben, schaffte sogar die 10. Klasse. Bei der Telecom machte er eine Ausbildung, heiratete, hatte Kinder und kommt jetzt als Elternvertreter in die alte Hauptschule, bastelt in Rollstuhl oder mit Krücken im Förderverein aktiv mit, ist selbstbewusst und kann seinen Lebensalltag mit Hilfe seiner Familie gut bewältigen. Ist parteipolitisch und in Vereinen führend aktiv.

In gleicher Generation gab es im selben Ort einen Querschnittsgelähmten Jungen, er kam öfter zu uns, um im Rollstuhl mit mir zu klönen. Seine Eltern ließen sich von einem Beamten des Schulamts überreden, ihn in ein Heim abzugeben. Später tauchte er bei uns nicht mehr auf. Auf Rückfrage wurde mir erzählt, er sei durch die Verhältnisse im Heim retardiert, sei jetzt bei der Spastikerhilfe beschäftigt.

Ja, gemeinsamer Unterricht kann gut sein. In den 90er Jahren gab es die Losung „Schule unter einem Dach“ oder: Gemeinsame Beschulung im eigenen Dorf, Stadtteil möglichst lange gemeinsam.

Schöner Schein

Leider scheint das schöne Ziel an der mangelnden finanziellen Unter-

stützung zu scheitern. Immer noch gehen 75% der Schüler mit Förderbedarf auf Förderschulen. Vermutlich deshalb, weil die Eltern der Meinung sind, dass ihr Kind dort am besten gefördert wird.

Für den inklusiven Unterricht fehlt es an bereitgestelltem Personal, Material und Umbauten. Das beginnt mit rollstuhlgerechten Rampen, dazu gehören Fahrstühle, behindertengerechte Toiletten, Therapiebäder oder Entspannungsräume.

Auch fehlt es an geschulten Lehrkräften, denn bei Handicaps, um gezielt fördern zu können, reicht guter Wille nicht, dazu bedarf es der Fachkräfte. Da reichen die zurzeit angebotenen Schnellkurse nicht. Man braucht nach Aussage des Bildungsforschers Klaus Klemm bundesweit 9300 zusätzliche Lehrkräfte (Kosten: 660 Mio.), deren Finanzierung man nicht aus dem System nehmen darf. Kostenneutrale Bildungsreformen sind totgeborene Kinder. Dazu braucht man Geld für Umbauten, Schulungen, Integrationshelfer, Diagnose- und Fördermaterial.

Leidtragende der Defizite sind die Kinder. Allein die Zeitgrenze (bis 2018) ist ein bildungspolitischer Offenbarungseid. Statt zu sagen, „Erst wenn alles so hergerichtet ist, dass es ebenso gut wie in den Förderschulen ist, dann geben wir Kinder mit Handicaps in das System!“, wird ein Übergang schon vorher organisiert. Statt dauerhaft mit Sonderpädagogen betreut zu werden, wird ihnen in Integrationsklassen nur stundenweise eine förderpädagogische Fachkraft erlaubt. Bei der Inklusion geht es in den wenigsten Fällen um aufgeweckte Rollstuhlkinder, sondern um sprachgeschädigte oder lernbehinderte Schüler, um Kinder mit unheilbaren Muskeldystrophien oder extreme Verhaltensstörungen. Deshalb kann auch die Förderaufgabe nicht alles in die Hand einer Lehrperson gelegt werden. Darum haben sich folgende sonderpädagogische Fachrichtungen und Förderzentren entwickelt:

01. Förderschule Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung
02. Förderschule für Blinde
03. Förderschule für Sehbehinderte
04. Schule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung
05. Förderschule für Gehörlose
06. Förderschule für Schwerhörige
07. Förderschule für Körperbehinderte
08. Förderschule für Lernbehinderte
09. Förderschule für Sprachbehinderte
10. Förderschule für Taubblinde
11. Schule für Kranke bzw. Kinder in längerer Krankenhausbehandlung.

Interessant wäre hier eine fundierte Untersuchung, wie die Aufgabe der gezielten erfolgreichen Förderung von Kindern mit Handicaps in integrativen Systemen wie Finnland oder Dänemark erfüllt wird.

Trotzdem: Wer die unterschiedlichen Qualifikationsprofile zum Luxus erklärt und so tut, als könnte ein unvorbereiteter Lehrer die Kinder über einen Kamm scheren, handelt weltfremd oder fahrlässig.

Es reicht eben nicht, behinderte Kinder in eine Regelschule zu verpflanzen und schon sei die Alltagsfähigkeit garantiert.

Integrations- und Inklusionsbefürworter, die auf diese Probleme hinweisen, werden von entsprechenden Politikern gern als Gegner der Inklusion abgestempelt. Natürlich sind Inklusion und Integration menschengerecht. Doch integrativ nicht ohne Vorbedingungen. Ein Schwerhöriger kann dort ohne die technische Ausrüstung schnell in die Isolation geraten, in einer lauten Klasse untergehen. Dann führt „Inklusion“ zur Exklusion. Und wäre eine Sauerei.

Wenn die Entwicklung so weitergeht, wie leider bisher, dann werden die Betroffenen merken, dass viele der Errungenschaften verloren gehen, die Förderschulen mühsam für ihre Schüler erkämpften.

So kann die schöne Idee der Inklusion für ein Sparprogramm missbraucht werden.

SeniorInnen unterwegs

Das Bunkermuseum in Emden

Am Anfang der großen Ferien machten sich 22 SeniorInnen aus dem Kreisverband Norden auf, um wieder einmal auf historischen Spuren zu wandeln. Ziel war diesmal das Bunkermuseum in der Holzsägerstraße 6, Emden.

Emden war zu Beginn des Zweiten Weltkrieges eine wichtige Industrie- und Hafenstadt, die aufgrund ihrer Lage im äußersten Nordwesten des Deutschen Reiches für die auf Großbritannien stationierten alliierten Bomberflotten schnell zu erreichen war. Als Standort für den Schiffs- und U-Bootbau war Emden zusätzlich kriegsbedeutend. Schon am 31. März 1940 wurde Emden erstmals von Flugzeugen der britischen Royal Air Force (RAF) bombardiert. Zu dieser Zeit gab es in Emden kaum Luftschutzbauwerke. Erst ab Oktober 1940 begann man mit einer verstärkten Bautätigkeit. Am Ende des Krieges besaß Emden dann 35 große Luftschutzbunker und weitere 141 splittersichere Kleinbunker, erbaut unter Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener, die jedoch in den Bauten keinen Schutz suchen durften.

Am Ende des Krieges waren etwa 80 % des Stadtgebietes

zerstört, auf Grund des Bunkerbaus jedoch verhältnismäßig wenig zivile Opfer bei den 90 Luftangriffen der Alliierten zu beklagen.

Heute ist der Bunker an der Holzsägerstraße ein Ort des Erinnerns und der Mahnung.

In beeindruckender Weise ist es dem Träger des Museums, dem „Arbeitskreis Bunkermuseum“, gelungen, die Geschichte durch eine große Anzahl verschiedenster Exponate wieder aufleben zu lassen.

Eine Dauerausstellung zieht sich in chronologischer Ordnung durch 26 Räume. Sie beginnt mit dem Ende der Weimarer Republik, zeigt die Geschichte der Bunker, die Verfolgung und Unterdrückung durch die Nationalsozialisten in der Stadt Emden von 1933 bis 1945, sowie die Nachkriegszeit bis Anfang der 1950er Jahre.

Weitere Themen sind unter anderem Verfolgung, Terror, Emigration, Deportation, Zwangsarbeit, Fremdarbeiter und Deportierte, der politische Widerstand sowie der politische Neubeginn und Wiederaufbau Emdens. Im Raum *Erinnern - Aufarbeiten - Gedenken* wird die Geschichte des *Konzentrationslagers Engerhufe* in der Gemeinde Südbrookmerland dargestellt. Dort befand sich vom 21. Oktober bis zum 22. Dezember 1944 ein Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme. Es war das einzige in Ostfriesland. Innerhalb der zwei Monate, in denen es bestand, starben 188 Häftlinge.

Beeindruckt und nachdenklich verließen die SeniorInnen das Bunkermuseum, das, so war man sich einig, auch ein außerschulischer Lernort von hoher Bedeutung sei.

Ziel eines kurzen Spaziergangs waren die Pelzerhäuser, die einzig erhalten gebliebenen Renaissance-Bürgerhäuser an

der mittelalterlichen Pelzhändlerstraße (heute Pelzerstraße 11/12) im Altstadtbereich. Im dortigen Café durften wir uns bei Kaffee und Kuchen wieder aktuellen Fragen zuwenden. Gern hätten wir uns bei folgenden Kolleginnen und Kollegen persönlich für die langjährige Treue zu ihrer **GEW** bedankt: bei Bernd Bohnsack, Johann Casjens, Dieter Ernst, Christel Hinrichs, Ingrid Runne, Henning Stern und Doris Theuerkauf für 40jährige Mitgliedschaft, bei Ingo Hanfeld für 50 Jahre Treue. Ihnen sei von dieser Stelle aus herzlich gedankt.

Anwesend war Rudi Aelker, der nicht nur 40 Jahre einfach Mitglied seiner **GEW** war, sondern der sich in vielfältiger Weise, u. a. auch als Mitglied des Bezirkspersonalrates, für die Belange der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt hat. Unter dem Beifall der Anwesenden konnten wir ihm einen Blumenstrauß und ein Buchgeschenk überreichen.

Mit angeregten Gesprächen klang die Veranstaltung aus. Als nächste Veranstaltung wurde ein Besuch des Schlossmuseums in Jever am 4. Dezember vereinbart.

Herbert Czekir



Außerschulischer Lernort:

Gedenkstätte KZ Engerhafe

Im Zusammenhang mit meiner Buchvorstellung „Verschwunden in Deutschland“ (Imke Müller-Hellmann), möchte ich über die Gedenkstätte KZ Engerhafe als außerschulischen Lernort informieren:

Anette Hillen

Das Konzentrationslager Engerhafe war das einzige Konzentrationslager in Ostfriesland zur Zeit des Nationalsozia-

lismus. Es wurde als Außenlager des KZ Neuengamme im Zusammenhang mit dem Bau des so genannten Friesenwalls, eine nur teilweise vollendete Wehranlage, errichtet.

„Die Entdeckungen der dunkelsten Seiten des Menschen“

1952 wurden auf dem Friedhof der Kirchengemeinde Engerhafe von einer französischen Such-Kommission die Toten des KZ ausgegraben, das 1944 nur zwei Monate bestanden hatte, mitten im Dorf und im Schatten der Kirche gelegen. Die namenlos in der Erde Verscharften wurden identifiziert und - wenn nicht auf andere

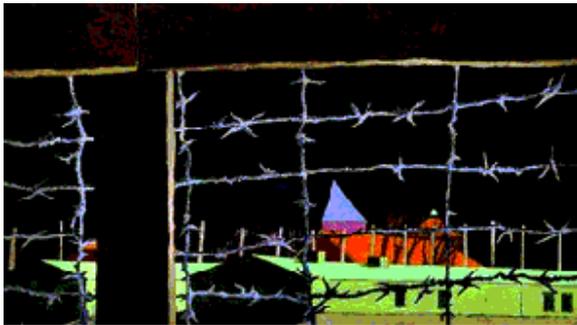
Friedhöfe übergeführt - wieder bestattet.

Die Arbeitsgruppe „Kontakte zu Schulen und Jugendeinrichtungen“ möchte die Gedenkstätte als außerschulischen Lernort bekannt machen. „Um die Grausamkeiten des Dritten Reiches anschaulich zu machen, muss man nicht unbedingt nach Buchenwald oder Auschwitz reisen: Das schreckliche fand auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft statt !!“

(Internetseite:

www.gedenkstaette-kz-engerhafe.de)

Zu Projektveranstaltungen kommt die AG auch in die Schulen.



Buchempfehlung



Ende September besuchte ich die Lesung der Autorin Imke Müller-Hellmann im Gulfhof Ihnen in Engerhafe: „Verschwunden in Deutschland“.

Die Autorin hat sich auf die Spurensuche nach Hinterbliebenen von in Engerhafe ermordeten KZ-Häftlingen begeben. 11 der 188 Schicksale hat die Autorin in ihrem ersten Buch aufgeschrieben.

In der Zeit um 1944 lebte die Großmutter der Autorin, damals 27 Jahre alt, in der unmittelbaren Nachbarschaft zum Lager, sie schwieg auf die Frage: „Wer ist hier begraben?“

Ein Stein auf dem Friedhof in Engerhafe erinnert an die 188 Ermordeten.

2000 Gefangene waren hier der Kälte, dem Hunger und dem Prügeln der Wächter ausgesetzt.

Imke Müller-Hellmann reiste quer durch Europa zu den 11 Familien in 7 Ländern (Polen, Niederlande, Frankreich, Dänemark, Spanien, Lettland und Slowenien) und schrieb die

Lebensgeschichten, die ihr erzählt wurden, auf.

Zwei Geschichten las Imke Müller-Hellmann an diesem Abend vor: Vom Schicksal des Franzosen André Coste, der den französischen Widerstand unterstützte. Die damals 4,5 jährige Tochter musste mit ansehen, wie ihr Vater 1943 verhaftet wurde: „Monique weiß bis heute, dass der Vater die weiße Bäckermütze trug und die Schürze und das Bäckerhemd, blau-weiß kariert, und dass er Mehl an den Händen hatte.....und sie weiß, dass es ein Samstag war. Dann war der Vater weg. Sie besuchten ihn im Gefängnis, erst in Valence und dann in Lyon, 100 Kilometer entfernt, in der Festung Montluc. In Montluc saßen Tausende von Menschen, die Feinde der Nazis waren, hinter dicken Mauern, isoliert. ... haben sich umarmt und sich nie wiedergesehen.“ (S.33)

Er starb am 27.November 1944 in Engerhafe.

Und vom lettischen Partisa-

nen Karlis Helfers, der im Oktober 1944 nach Engerhufe kam, nachdem er in Salaspils, ein Arbeitslager für politische Gefangene gewesen war, von dort mit anderen Häftlingen auf Schiffen in das KZ Stutthof bei Danzig gebracht worden war. Er starb am 12. November 1944.

„...er wurde am 17. November mit 17 anderen Männern ... begraben. Bei der Exhumierung konnte man nicht mit Sicherheit sagen, welcher der 18 toten

Körper in diesem Grab seiner gewesen war, aber man konnte die Wahrscheinlichkeit auf fünf mögliche Körper reduzieren. Man begrub ihn erneut, diesmal in einem Einzelgrab auf dem Friedhof von Engerhufe, 1500km von seinem Heimatort entfernt, und 1990 wurde ein Gedenkstein errichtet, auf dem sein Name steht.“ (S.88)

Imke Müller-Hellmann konzentriert sich auf die biografischen Fakten der Opfer und

deren Familien, sie liefert die notwendigen historischen Informationen und erzählt wie und wo sie die Familien gefunden hat. Ihr Schreibstil ist mitreißend, spannend und kurzweilig. Während der Lesung musste man manchmal schmunzeln und man war gleichzeitig betroffen und traurig.

(„Verschwunden in Deutschland“ Hamburger Osburg Verlag, 19,99, 190 Seiten, Hardcover-Ausgabe)

Arbeitszeit

Der immerwährende Versuch, die Arbeitsleistung der Lehrerschaft öffentlich zu diffamieren, hat keinen anderen Grund als den, der Lehrerschaft den gerechten Lohn, die gerechtfertigte Entlastung zu verweigern. Die vorliegenden Untersuchungen beziehen noch nicht die enorm gestiegenen Belastungen durch die vielfältigen Schulreformen mit dem enormen Arbeitsaufwand mit ein. Es reicht! Das Jahresmittel im öffentlichen Dienst beträgt 1702 Stunden, bei Lehrerinnen und Lehrern mindestens 1800 Stunden. Und da sind die Ferien eingerechnet!

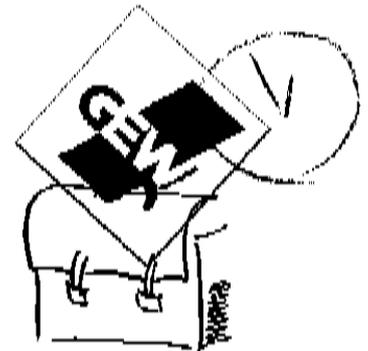


Tabelle 1: Arbeitszeituntersuchungen im deutschsprachigen Raum ab 1960

öffentl. Dienst
1702 h/pa

Verfasser	Jahr	Erhebungsraum und berücksichtigte Stufen	N	Arbeitszeit pro Schulwoche in Std.
Frister/Häker/Hoppe	1960	Berlin	385	42-48
Graf/Rutenfranz	1963	Nordrhein/Westfalen	1'681	42-48
Nengelken/Ulich	1965	Bayern (Gymnasien)	576	44-48
Knight Wegenstein	1973	BRD (Vollzeitlehrkräfte alle Stufen, Kontrollgruppen in Österreich und der Schweiz)	9'129 ¹	45.8-46.7
Müller-Limmroth	1980	Bundesrepublik	185	53.4
Möller/Saupe	1981	Berlin	312	49
v. Engelhardt	1982	Niedersachsen	1'006	51.2
Häbler/Kunz	1985	Bayern, Saarland; Rheinland-Pfalz (Volksschulen, Gymnasien, Berufsschulen)	1'214	46.3
Wulk	1988	Schleswig-Holstein (Berufsschulen)	68	48.4
Schäfer	1990	Bremen (Gymnasien)	19	45.3
Fazis/Schmid/Matas	1994	Basel (Oberlehrerinnen -lehrer)	146	51.8
Landert	1999	Deutschschweiz	2576	1'950 (Std./Jahr)
Mummert+Partner	1999	Nordrhein/Westfalen	6059	1'845 (Std./Jahr)
Forneck/Schriever	2001	Kanton Zürich	2299	1'821-2'194 (Std./Jahr)

Quellen: Knight Wegenstein 1973; Schönwäldler 1998; Fazis et al. 1994.

Arbeitszeit der Lehrpersonen; Charles Landert; Zürich 2006

Zusammenstellung: Hasso Rosenthal (OV-Rheiderland)

Fortsetzung: GEW-Homepage Rheiderland

„GHR 300“ – ein missglückter Vorschlag der Landesregierung zur LehrerInnenbildung

Verfasser: Rolf Heidenreich / Günter Beyer

Wer hätte das gedacht? Nun hat es doch noch geklappt: Unsere Landesregierung sah sich nun endlich in der Pflicht, die Bologna-Vorgaben hinsichtlich der für einen Masterabschluss erforderlichen 300 credit points zu erfüllen und damit den bisherigen „Kleinen Master“ abzuschaffen. Die Erklärung von Bologna gibt für alle Unterzeichnerstaaten im „Europäischen Hochschulraum“ konsekutive Studiengänge mit einer Bachelor- und einer

punktuell als Restschule: Es gibt weitere Schulformen (Oberschulen, Haupt- und Realschule, Gesamtschulen), welche in dem Konzept keine Berücksichtigung finden. In der Koalitionsvereinbarung vom Februar 2013 (S. 43) wird eine Stufenlehrausbildung angekündigt, die spätestens mit dem für 2016 vorgesehenen Lehrerbildungsgesetz eingeführt werden soll.

Die **GEW** Niedersachsen beanstandet, dass ab Wintersemester 2014/2015 „in Niedersachsen das Lehramt an Grundschulen und das Lehramt an Haupt- und Realschulen studierbar sein“ wird. Sie sieht in dieser Setzung einen Widerspruch zu dem erklärten Willen der Koalitionspartner, sich bei der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern von der geltenden Schulformorientierung lösen zu wollen (vgl. Koalitionsvertrag, S. 44 „Für eine moderne Lehrerbildung in Niedersachsen“).

Die **GEW** begrüßt die Entscheidung, in den („neuen“ = GHR 300) Masterstudiengängen eine Praxisphase zu integrieren. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Änderungsverordnung den institutionellen Rahmen für eine enge Kooperation von Universitäten, Studienseminaren und Schulen schafft. Die Vorzüge einer solchermaßen institutionalisierten Verzahnung der ersten und der zweiten Phase der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung sind evident. Die **GEW** fordert deshalb, die Praxisphase in allen (sowohl in den „neuen“ als auch in den „alten“) Masterstudiengängen einzurichten.

Die **GEW** lehnt die Differenzierung in die Schwerpunkte Hauptschule und Realschule (§ 3) ab. Sie stellt in Zweifel, ob es in den vorhandenen Schulformen (IGS, KGS, Oberschulen, kooperative HRS und den

beiden Restschulen) überhaupt noch Lerngruppen gibt, die eindeutig einem dieser beiden Schwerpunkte zuzuordnen sind. Eine schulspezifische Zuordnung im Studium ist absolut nicht zielführend.

Fazit

Die Einführung der Praxisphase wird ausschließlich für die Lehrämter Grund- und Hauptschule und Realschule umgesetzt. Damit wird zwar das von der **GEW** vertretene Ziel erreicht, dass alle Lehrämter über eine Masterphase von vier Semestern verfügen und dass die Studierenden der Lehrämter GHR auch einen anerkannten Hochschulabschluss erwerben, zugleich wird aber ein Modell der Praxisphase eingeführt, das für das gymnasiale, sonderpädagogische und berufliche Lehramt nicht umsetzbar ist. Die formale Angleichung der Studiendauer und damit die formale Gleichberechtigung der Lehrämter führt paradoxerweise zugleich zu einer Vertiefung der Spaltung der Lehrämter statt zu ihrer Überwindung.

Die Möglichkeit, ein Modell der Praxisphase zu entwickeln, das für alle Lehrämter geeignet ist und eine Grundlage für eine moderne Neuordnung bietet, wurde vertan. Das hat zur Folge, dass die vom Landtag beschlossene spätere Einführung der Praxisphase für das Lehramt an Gymnasien und auch für einen durch ein LehrerInnenbildungsgesetz zur regelnden Neuzuschnitt der Lehrämter ein neues Modell der Praxisphasen erfordert, das mit dem Modell GHR 300 nicht kompatibel ist.

Wir fordern die Landesregierung auf, endlich für eine gleichwertige, schulformunabhängige und stufenbezogene Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer zu sorgen!



Günter Beyer

Masterphase vor, bei denen für die Erlangung des Masterabschlusses 300 ECTS-credit points nachzuweisen sind.

Gleichwohl ist die von der **GEW** geforderte Überwindung der Spaltung in unterschiedlich wertige Lehrämter nicht gelungen und bildet auch die reale Schulstruktur in Niedersachsen nicht ab.

Die behauptete „Kongruenz von GHR 300 und den bildungspolitischen Entscheidungen“ des Koalitionsvertrages ist nicht gegeben. Weder die alte noch die jetzt in Aussicht gestellte Struktur wird der gegenwärtigen und sich verändernden schulpolitischen Realität gerecht. Die selbstständige Hauptschule existiert nur noch

wolfgang bohnsack · lindenstraße 31 · D-26345 bockhorn · telefon +49 4453 7 22 20
· telefax +49 4453 98 8673
e-mail seebode.bohnsack@t-online.de

SPD-Mitglied seit 1972

**Schulpersonalrat der Sonnensteinschule Horsten
Horster Hauptstraße 42
26446 Friedeburg-Horsten**

**An die
Kultusministerin des
Niedersächsischen Landtags
Frau
Frauke Heiligenstadt**

Entwurf des Ganztageserlasses

Bockhorn, 21.07.2014

Sehr geehrte Frau Heiligenstadt,
vor kurzem durfte ich in meiner Funktion als Schulpersonalrat der Sonnensteinschule Horsten an einer Schulleiterdienstbesprechung in Esens teilnehmen. Mit Interesse verfolgte ich die Ausführungen der Dezernentin Frau Kaminski zum Erlassentwurf. Sie berichtete unter anderem darüber, dass nun im Ganztagsbetrieb einer Schule vorgesehen sei, außerunterrichtliche Tätigkeiten wie Beaufsichtigungen von Schülerinnen und Schülern zur Hälfte als Unterrichtszeit angerechnet werden soll. Dies begrüße ich sehr. Seit 1978 bin ich nun im niedersächsischen Schuldienst tätig und beaufsichtige ständig Schülerinnen und Schüler, ohne dass diese Zeit auf meine Unterrichtsverpflichtung angerechnet wird. Wenn dies jetzt erfolgt, wäre dies nun ein seit langem in der Diskussion um die Arbeitszeit von Lehrkräften wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Ich bin an einer recht kleinen zweizügigen Grundschule im ländlichen Raum beschäftigt. Da unter anderem auch der Busfahrplan die Anfangs- und Endzeiten der Schule bestimmt und wir 5 Stunden Verlässlichkeit gewähren müssen, hat dies zur Folge, dass die anfallende Beaufsichtigung der Schülerinnen und Schüler während der Pausen und unterrichtsfreien Zeit auf wenige Lehrkräfte entfällt. Dies wiederum hat zur Folge, dass die einzelne Lehrkraft relativ viel Zeit mit der Beaufsichtigung der Schülerinnen und Schüler verbringt. In meinem Falle sind dies pro Woche zur Zeit 90 Minuten Aufsicht, hinzukommen noch 50 Minuten Beaufsichtigung der Kinder während des gemeinsamen Frühstücks im Klassenraum. Bislang wird davon leider keine Minute als Unterrichtszeit angerechnet. Doch dies wird sich ja nun glücklicherweise ändern. Durch diese angedachte Maßnahme, die außerunterrichtlichen Tätigkeiten zur Hälfte als Unterrichtszeit anzurechnen, würde endlich gerade für die engagierten Grundschullehrkräfte die Unterrichtsverpflichtung vermindert. Gerade als langjähriges SPD-Mitglied fiel es mir in letzter Zeit sehr schwer den Regierungskurs und insbesondere die Schulpolitik der niedersächsischen SPD im Kollegiumskreis zu verteidigen, da es immer neue Belastungen gerade im Schulalltag der Grundschullehrkräfte in den vergangenen Jahren gab. Hierzu habe ich auch bereits meinem Abgeordneten Olaf Lies ausführlich geschrieben und um Klärung einiger Dinge gebeten. Von seinem Büro erhielt ich am 30.04.2014 folgende Antwort:

*Sehr geehrter Herr Bohnsack,
Herr Minister Olaf Lies bedankt sich für Ihre E-Mail bezüglich der Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien.
Zuständigkeitshalber habe ich Ihre E-Mail an das Büro von Frau Ministerin Frauke Heiligenstadt, Nds. Kultusministerium, weitergeleitet. Sie werden von dort eine Antwort erhalten.
Mit freundlichen Grüßen
Sandra Bormann*

Auf eine Antwort Ihres Büros warte ich nun leider immer noch. Als SPD-Mitglied fällt es mir zurzeit sehr schwer, die Schulpolitik und insbesondere den Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen und die geringe Wertschätzung ihrer Arbeit seitens der Landespolitik noch irgendwie zu verteidigen. In diesem Zusammenhang seien nur die Kürzung der Altersermäßigung und die Anzeigepflicht des Erholungsurlaubes der Schulleitungen noch einmal erwähnt.

Mit freundlichen Grüßen

**Wolfgang Bohnsack
(Schulpersonalrat der Sonnensteinschule Horsten)**

Bezirksvorstandssitzung der Fachgruppe SeniorInnen

Zwischen Vergangenheit und Gegenwart

Zur letzten Sitzung des Bezirksvorstandes in diesem Jahr traf man sich in der Gedenkstätte Esterwegen, um zunächst einen Blick in die Vergangenheit zu werfen.

Herbert
Czekir

Die neue Gedenkstätte besteht erst seit etwa drei Jahren. Sie wurde auf dem Gelände des ehemaligen Gefangenenlagers von 1933 errichtet, das damals eines von 15 Emslandlagern war. Bis 2005 wurde das Gelände von der Bundeswehr genutzt.

Als Teil des Systems von SS, Justiz und Wehrmacht war auch das Lager Esterwegen ein Ort des NS-Terrors.

In den Emslandlagern litten insgesamt etwa 80.000 KZ-Häftlinge und Strafgefangene. Dazu kamen während des Krieges mehr als 100.000 Kriegsgefangene.

Mehr als 20.000 Menschen verhungerten, starben an Erschöpfung und Krankheiten, als Folge körperlicher Misshandlungen oder wurden „auf der Flucht erschossen“. Zunächst waren politische Gefangene in Esterwegen untergebracht, so auch der Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky, später Strafgefangene, verurteilte deutsche Soldaten und Widerstandskämpfer aus verschiedenen westeuropäischen Staaten.

Bis in den Zweiten Weltkrieg hinein mussten die Gefangenen schwere Zwangsarbeit in der Moorkultivierung leisten, ab Mitte 1942 auch in der Torf- und Rüstungsindustrie.

Der Einstieg in die Vergangenheit begann für die BezirksseniorInnen mit einem Vortrag, untermauert mit authentischen Dokumenten. Bereits hier wurde die gnadenlose Unmenschlichkeit des NS-Regimes mehr als deutlich.

Dann folgte eine Begehung des Außenbereichs. Obwohl von den ehemaligen Baracken der Gefangenen und den Gebäuden

der Wachmannschaften kaum noch etwas erhalten ist, werden die Spuren des früheren Lagers durch eine besondere Landschaftsgestaltung sichtbar.

Standorte früherer Baracken werden durch „Baupakete“ visualisiert. Orte, die besonders für Gewalt und Bedrohung standen, werden durch Stahlelemente begreifbar gemacht.

Sichtlich beeindruckt kehrten die SeniorenvertreterInnen von ihrem Rundgang in die Ausstellung zurück.

Einige SeniorInnen besuchten noch das neben der Gedenkstätte liegende Kloster. Hier leben max. 3 Franziskanerinnen, die in drei Räumen, dem Gedenkraum, dem Raum der Sprachlosigkeit und einer kleinen Kapelle versuchen, den Orten der Qual und Unterdrückung auf dem Lagergelände Orte der Mahnung, des Besinnens und der Versöhnung entgegenzusetzen - ein ehrenwerter Versuch der katholischen Kirche, mangelndes Engagement während der NS-Diktatur wettzumachen.

Nachdenklich trafen sich die Bezirksvertreter dann zur Mittagspause.

Nach der Pause wandten sich die Anwesenden einem Konflikt der Gegenwart zu, der Situation in der Ukraine. Als Referent wurde Manfred Cybalski begrüßt.

Cybalski, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Leeraner Kreistag, schilderte zunächst die Entstehung seiner Ostkontakte, die ihn beruflich nach Georgien, Lettland, Sibirien und seit 2011 in die Ukraine führten. Er ist dort bis heute als Repräsentant eines deutschen Wirtschaftsverbandes und der IHK tätig.

Über eine Stunde informierte der Referent die KollegInnen intensiv und kompetent über die Geschichte der Ukraine und die

aktuelle Situation.

Cybalski machte zunächst deutlich, dass die Ukraine ein kulturell tief gespaltenes Land sei, weil es vor der Erlangung der Selbständigkeit im Jahre 1991 ein ständiger Spielball der Nachbarländer war.

Teile der Ukraine sind stark durch fremde Mächte (Russland, Polen Rumänien, Türkei) geprägt, sodass sich viele Einwohner kaum als Ukrainer fühlen.

Was das Verhältnis zur EU und Russland betrifft, geht eine Spaltung durch den Staat, weil der Westen und Norden prowestlich und der Osten und Süden proöstlich eingestellt sind. Dies ist geschichtlich und auch sprachlich bedingt.

Der ehemalige Präsident Janukowitsch versuchte noch, Russland und den Westen gegeneinander auszuspielen. So vereinbarte er zwar ein Assoziierungsabkommen mit der EU, scheute jedoch in letzter Sekunde vor der Ratifizierung zurück, weil er die Reaktion Russlands fürchtete. Cybalski äußerte Verständnis für dieses Verhalten, sei doch die Ukraine praktisch bankrott und in hohem Maße von der Wirtschaft Russlands und den Gaslieferungen abhängig.

Außerdem seien die Produkte der Ukraine, insbesondere die der Schwerindustrie im Osten, nicht weltmarkttauglich. Eine wirtschaftliche Öffnung zur EU wäre damit eine Einbahnstraße gewesen.

Weiterhin stellte Cybalski fest, dass der Sturz Janukowitsch' keine Stabilität gebracht habe. Die neue Kiewer Regierung hätte gleich nach Amtsantritt schwere Fehler gemacht: russisch als zweite Amtssprache wurde verboten und die Zusammenarbeit mit einer rechtsextremen Partei habe großes Misstrauen gesät. Die Hinwendung zum Westen habe die politische Situation ebenfalls

nicht verbessert.

Die EU sei im Wesentlichen an wirtschaftlichen Beziehungen sowohl mit Russland als auch der Ukraine interessiert ist. Immerhin sei die Ukraine ein Markt mit 46 Millionen Menschen.

Die USA hätten kaum Handel mit Russland. Sie sähen in Russland in erster Linie einen militärischen Gegner und zeigten großes Interesse daran, dass die Ukraine in die Nato eintritt.

Letzteres sei aber aus russischer Sicht ein Problem. Die Tatsache, dass die Nato sich entgegen gegebener Zusagen schon heute bis an die Grenzen der Russischen Föderation vorgeschoben hat (balt. Staaten), eine militärische Präsenz an diesen Grenzen zeigt und nunmehr versucht, auch die Ukraine einzuwerben, verstärke das Konfliktpotential.

Zur Situation in der Ukraine selbst betonte Cybalski, dass die soziale Ungleichheit im Land besonders groß sei und ohne Korruption fast gar nichts mehr gehe. Die Renten lägen bei 15 Euro im Monat, das Gehalt eines Polizisten betrage gerade einmal 80 Euro im Monat.

Ein Hemmschuh für Veränderungen seien auch die Oligarchen, die den Staat fest im Griff hätten und um die Macht und die Ressourcen des Landes kämpften.

Die Wirtschaft im Osten liegt in Folge der kriegerischen Auseinandersetzungen völlig darnieder. Alle industriellen Produkte entsprechen nicht dem heutigen Standard und können höchstens an Russland und Schwellenländer verkauft werden. Die sehr fruchtbaren Böden im Westen der Ukraine könnten in der Weltwirtschaft eine Rolle spielen, wenn entsprechendes Saatgut und leistungsfähige Maschinen vorhanden wären. Zurzeit lägen sie jedoch brach.

Um die Ukraine zu sanieren, müsste unwahrscheinlich viel Geld zur Verfügung gestellt werden. Das Ergebnis sei jedoch unklar.

Die Lage, so Cybalski, sei momentan so kompliziert und desolat, dass überhaupt nicht abzusehen sei, wie alles weitergehe und ob Chancen für eine Wendung zum Guten beständen.

Nach dem Vortrag entspann sich eine interessante Diskussion, die nur aufgrund der fortgeschrittenen Zeit beendet werden musste.

Hauptthema der gewerkschaftlichen Arbeit war der Bericht von der letzten Landesvorstandssitzung. Der stellvertretende Bezirksvorsitzende berichtete über die von Rechtsanwalt Otte vorgetragene aktuelle rechtliche Situation bei Beamtenstreiks.

Zwar verbietet das Grundgesetz den Streik von Beamten, jedoch hat der Europäische Gerichtshof in anderen Verfahren festgestellt, dass das Streikrecht nicht an den Status (Beamtenamt) sondern nur an die Funktion geknüpft ist. Wer also keine hoheitlichen Aufgaben verrichtet, darf streiken. Nachdem nun das Bundesverwaltungsgericht in einem Verfahren bei Lehrern keine hoheitlichen Aufgaben erkannt hat, ist die Schlussfolgerung klar.

Der Gesetzgeber, gegebenenfalls auch das Bundesverfassungsgericht, ist nun gefordert, den Widerspruch zwischen europäischem und deutschem Recht zu klären. In der jetzigen rechtlichen Situation, so erklärte RA Otte, sei zumindest eine erhöhte Legitimation für einen Streikrecht gegeben.

Schon seit Jahren kommt der Arbeitgeber seiner Verpflichtung, die Beamten angemessen zu alimentieren, nicht mehr nach. Dabei spielen nicht nur finanzielle Einschnitte jeglicher Art eine Rolle. Viel wichtiger ist im Augenblick die steigende Arbeitsbelastung in allen Schulformen.

Deshalb ist es in der jetzigen Situation durchaus erlaubt, dass die **GEW** auch über Arbeitskampfmaßnahmen nachdenkt. (siehe E&W vom 10.11. 2014, S. 7)

Grünkohlessen im Kreisverband Emden

Der Vorstand des KV-Emden hat seine Mitglieder und einige Gäste zum Grünkohlessen in die Gaststätte Feldkamp in Hinte eingeladen. Vierzig Mitglieder haben sich den Kohl schmecken lassen und einen gemeinsamen Abend in gemütlicher Atmosphäre verbracht.



Inklusion

Wir hatten im Kreisverband Leer eine Fachtagung auf Kreisebene zum Thema „Inklusion“. Grundsätzlich teilen alle den Willen, Inklusion umzusetzen. Aber die Bedingungen sind derzeit sehr fragwürdig:

*Hasso Rosenthal
OV-Vorsitzender
der GEW-Rheinderland*

a) Dadurch, dass die Lehrerfortbildung des NLI landesweit gegen die Wand gefahren wurde (wiederum, um Geld zu sparen von SPD und CDU gleichermaßen), fehlen an allen Ecken und Kanten vernünftige Fortbildungsangebote.

b) Die Kolleginnen und Kollegen sind für die Inklusion. Aber sie haben mit Recht große Sorge, dass im AGBSW (Allgemeinbildenden Schulwesen) nicht die Förderqualität geboten werden kann wie in der Förderschule. Leidtragende wären aktuell die Kinder, die einen Rechtsanspruch auf eine bestmögliche Qualifikation haben sollten.

c) Die Gewerkschaft sollte gerade im Themenbogen Schule-Kommune-Landkreis-Bezirk-Land sehr deutlich sagen, dass kostenlos erprobtes Diagnosematerial (Förderschulerfahrungsschatz) an die Kreisschulmedienstellen gegeben werden sollte. Dort sollten gemäß den

alten Konzepten der Förderschule Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung (früher Schule für Erziehungshilfen o.ä.)

Förderschule für Blinde

Förderschule für Sehbehinderte

Schule mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung

Förderschule für Gehörlose

Förderschule für Schwerhörige

Förderschule für Körperbehinderte

Förderschule für Lernbehinderte

Förderschule für Sprachbehinderte

Förderschule für Taubblinde

Schule für Kranke bzw. Kinder in längerer Krankenhausbehandlung

die Materialien zum Abholen und zur gezielten Hilfe angeboten werden. Das Gleiche gilt für die barrierefreie Ausgestaltung der Schulen. Gerade hier wird wieder einmal deutlich, wie wichtig Arbeitsgruppen auf Kreisebene sind!

d) Es hat ja nach den absolut sinn- und wirkungsfreien Rechtsschreib- und Schriftreformen eine Massenvernichtung von vorhandenen und unbrauchbar gewordenen Fördermaterialien gegeben, in die die Kollegien oft ehrenhalber (=umsonst) jahzehntelang Arbeit gesteckt hatten. Schaut man sich die Hilfsangebote in Deutschland an, so findet man sie brauchbar

nur südlich der Main-Mosel-Linie.

Hilfen bei der Umsetzung der Inklusion:

<http://www.gew-rheinderland.homepage.t-online.de/13-07Inklu.html>

e) Es ist wichtig, die Schulen in ihren bisherigen Erfahrungen zu bestärken. Die Grundschulen hatten als kleine Gesamtschulen schon lange gute Arbeit in Richtung Integration geleistet.

Ich war gerade auf einer europaweiten Tagung mit Kolleginnen aus 7 versch. Ländern. Außerhalb unserer Grenzen schütteln viele den Kopf über die Wortklauberei „Integration - Inclusion“.

Gute Integration war immer inklusiv, gute Inklusion braucht oft integrierende Maßnahmen (Fördergruppen usw.).

Für all das braucht man ein sattes Polster an Qualifizierungen.

Die Förderschulkollegen müssen einen zuverlässigen schulischen „Heimort“ bekommen.

Die Landkreise müssen nach dem Konnektivitätsprinzip für die zusätzlichen hohen Kosten entlastet werden.

Die Personalschlüssel für Klassengrößen und Lehrerstunden müssen drastisch verbessert werden.

Hieran mitzuwirken ist die Aufgabe der **GEW**.

Jahreshauptversammlung Kreisverband Emden



Auf der zurückliegenden Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Emden wurde im Oktober der neue Vorstand für die kommenden zwei Jahre gewählt. (v.l.n.r Carsten Müller, Gudrun Stüber, Yvonne Heinze, Sigrid Wübbena, Josef Kaufhold, Burghard Remppis, Katja Lechner, Hans-Gerd de Beer und Renate Isenburg - auf dem Bild fehlen Ursula Themer, Claudia Dirk und Dietmar Seck)

AG Jugendliteratur & Medien der GEW (AJuM)

Holocaust – ein Thema für Grundschul Kinder?



In kurzen Zeilen und stark vereinfacht steht der Text wie in einem Gedicht. Er berichtet von einer schlimmen Zeit, in der Menschen andere Menschen umbrachten, auch die Kinder. Hier wird Nichts beschönigt. Die Leser und/oder die kleinen Zuhörer werden hineingezogen in diese Zeit, damit sie – und wir – möglichst alles tun, dass so etwas nie wieder geschieht.

**Torsten Haarseim:
Holocaust**

Gardelegen: Edition Winterwork 2014
www.edition-winterwork.de
ISBN 978-3-86468-756-3
55 S * 9,90 Euro * ab 03 J

Diese Rezension steht im Internet unter
www.ajum.de (Datenbank)
ulrich.baselau ad ajum.de

Torsten Haarseim reduziert Teile der deutschen Geschichte, indem er sie mit Namen versieht und Symbolen und oft Identifikationsmöglichkeiten anbietet. Dabei bleibt er

sachlich und »pädagogisiert« nicht. Die Tatsachen sprechen für sich – und seine bewusst sehr einfach gehaltenen Zeichnungen auf den linken Seiten, fast nur Skizzen, unterstreichen diesen Ansatz.

Er beginnt mit der Inflation der 1920er Jahre und den Folgen. Wir sehen eine Schubkarre mit Geldscheinen für ein Brot und auf der nächsten Seite einen Mann, der den Menschen einen Schuldigen für diese Misere anbietet. Er hat einen kleinen schwarzen Schnurrbart und trägt eine Armbinde mit einem Hakenkreuz. Vier Wörter erläutern noch einmal, was die vorlesenden (Groß-) Eltern ihren Enkeln beim Anschauen noch einmal zeigen können: Adolf Hitler / Nazizeichen: / Hakenkreuz.

Ähnlich gibt er der Geschichte Namen und Symbole und füllt sie mit Sinn: Göring und Nürnberger Gesetze, Wannsee-Protokoll, Himmler und SS, Ghetto, Auschwitz. Vermehrt kommen auch

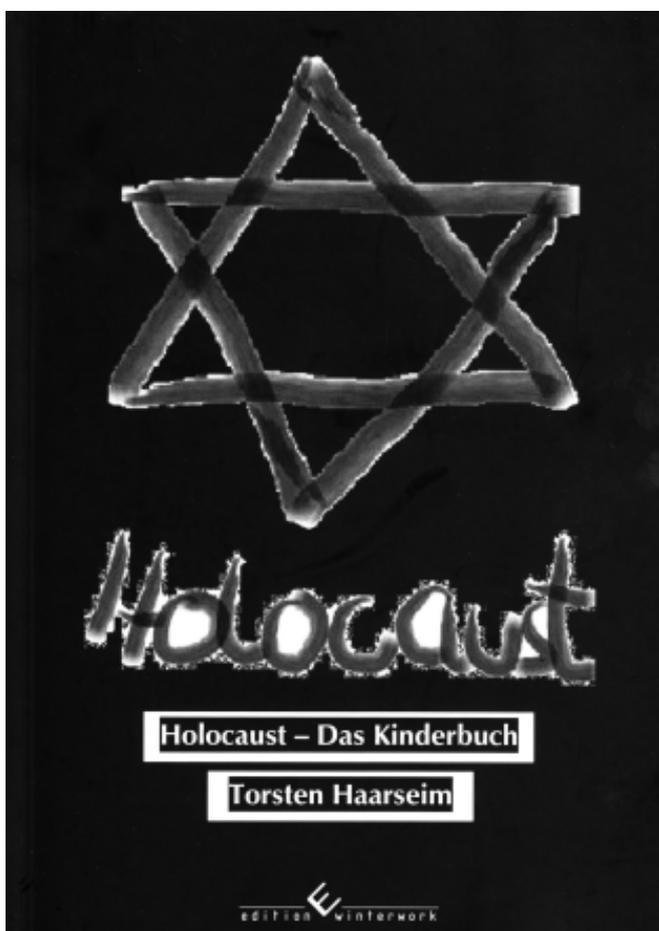
Kinder vor, deren Schicksal die Leser/Zuhörer fast unmittelbar treffen.

Der Autor macht zum Schluss auch nicht Halt vor dem jämmerlichen Sterben und vor total unwürdigen Handlungen wie dem Haarscheren oder dem Herausbrechen von Goldzähnen.

Das ist dann schon richtig schwere Kost, und der Vorleser muss abschätzen, ob er diese Details – je nach zuhörendem Kind – zumuten will. Der Schrecken in den Gaskammern ist schon heftig genug.

Bleibt die Frage, ob dies Thema überhaupt eins ist, das bereits leseunkundigen Kindern angeboten werden sollte. Die Antwort bezüglich dieses Buches ist ein eindeutiges: Ja.

Die Reduzierung geht nicht einher mit einer Vereinfachung oder gar Simplifizierung und gegen das Vergessen kann man nicht früh genug ein Gerüst aufstellen, in dem sich später detaillierte Kenntnisse anklammern lassen. Einzig den letzten Satz würde ich persönlich weglassen, denn jeder, der sich dieses Themas auf diese Weise stellt, wird eine Wiederholung zu vermeiden trachten. (uhb)



„Ich will nur eins sein – und das ist ein Mensch“

Cato Bontjes van Beek

Am 27. September 2014 wurde in Fischerhude der „frauenORT Cato Bontjes van Beek“ eröffnet, eine Kooperation der Stadt Achim mit dem CATO-Archiv im Cato Bontjes van Beek-Gymnasium und dem Flecken Ottersberg (Fischerhude). Cato wurde wegen ihres Widerstands 1943 im Alter von 22 Jahren vom NS-Staat hingerichtet. Die von ihr ausgehende Liebe zum Leben, zu den Menschen, zu Natur, Kunst, Wahrheit bleibt lebendig.

frauenORT

Die Initiative frauenORTE des Landesfrauenrates Niedersachsen e.V. wurde 2008 gestartet. Sie hat das Ziel, Leben und Wirken historischer Frauenpersönlichkeiten einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. 2010 wurde z.B. der „frauenORT Helene Lange“ (Pädagogin und Frauenrechtlerin) in Oldenburg eröffnet, 2011 in Leer der „frauenORT Wilhelmine Siefkes“ (Autorin, Politikerin, Lehrerin). Fischerhude ist mit Cato Bontjes van Beek (Keramikerin, Widerstandskämpferin) der 24. frauenORT in Niedersachsen. Die Teilnahme an der Eröffnung hinterließ bei mir einen tiefen Eindruck.

Wer war Cato?

Cato (Betonung: Cató) Bontjes van Beek wuchs als ältestes von drei Kindern in Fischerhude einem Künstlerhaushalt auf. Die Mutter Olga war Tänzerin und Malerin. Der Vater Jan, Kind niederländischer Eltern, landete als Revolutionär des Emdrer Matrosenaufstands nach 1918 in Heinrich Vogelers Kommune im Barkenhoff in Worpswede, wo er Olga kennenlernte. Im Künstlerumfeld Fischerhudes entwickelte er sich zum Keramiker. Cato verlebte in inmitten der schönen Landschaft an der Wümmen eine

unbeschwerter Kindheit in einem weltoffenen Elternhaus. Nach der Trennung der Eltern zog der Vater weiter nach Berlin, wo er eine neue Familie und eine bedeutende Keramikwerkstatt gründete. Cato ging mit neun Jahren für zwei Jahre zu Verwandten nach Amsterdam, um dort ein Gymnasium zu besuchen. Zurück in Fischerhude erhielt sie Privatunterricht beim Gemeindepastor. Bei einem längeren Aufenthalt als au-pair in England entdeckte sie ihre Liebe fürs Segelfliegen. 1939 begann sie in Berlin eine Lehre in Vaters Keramikwerkstatt. Ihrem Hobby, dem Segelfliegen, ging sie (notgedrungen) in einem NS-Verband nach. In Berlin bekam Cato Kontakt zur Widerstandsgruppe Harro Schulze-Boysen (im NS-Jargon „Rote Kappelle“), der sie nicht lange angehörte. Gemeinsam mit ihrem Freund, dem Lyriker Heinz Strelow, leistete sie widerständigen Widerstand nach dem Motto „Man muss ein Zeichen setzen – auch nach außen“. Sie druckten und verteilten Aufrufe zum Kampf und Widerstand gegen die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten. Im September 1942 wurde Cato in Berlin verhaftet und bis zu ihrer Ermordung im August 1943 gefangen gehalten.

Fröhlich, offen, zugewandt

Cato ließ sich auch im Gefängnis nicht brechen. Es ist wohlthuend zu erleben, dass Catos Stimme und die Erinnerung an sie weitergetragen wird. Dieses Verdienst gebührt im Besonderen den beiden Hauptrednern der Veranstaltung. Stefan Krolle, Schulleiter des Achimer Gymnasiums, erzählte aus Catos Leben und benannte drei nationalsozialistische Täter, die Verantwortung trugen an

ihrem grauenvollen Tod in Plötzensee. Das Schulleitbild seiner Schule orientiert sich an dieser außergewöhnlichen Frau, die nicht aufgab in ihrem Widerstand gegen Tyrannei und Unmenschlichkeit. Autor Hermann Vinke zog in seinem Vortrag Parallelen zur Gegenwart, in der ausländerfeindliche Parolen gesellschaftliche Ausgrenzungen propagieren. Zitate aus Briefen stellten eine besondere Nähe zu Cato her, die sich selbst als unpolitisch verstand und die sich dem Unmenschlichen der NS-Diktatur entgegenstellte.

Malwine Seemann



Erinnern als Aufgabe für die Schule

Sehr lesenswert ist das Buch von Hermann Vinke: Cato Bontjes van Beek – ein Porträt, 2013 im Arche Verlag erschienen. Eine weitere gute Möglichkeit des Erinnerns bietet der Besuch des 2012 eröffneten CATO-Archivs im Cato Bontjes van Beek-Gymnasium in Achim. Es wurde von der Bundeszentrale für Politische Bildung in das Register *Orte des Erinnerns* aufgenommen wurde (fachkundige Leitung nach vorheriger Anmeldung unter Tel. 04202 96940).

Ostfriesische Hochschultage 2015

am 12./13. März 2015 im Europahaus in Aurich

Donnerstag, 12. März 2015

Eröffnungsveranstaltung 19.30 Uhr

Eröffnung: Stefan Störmer, Vorsitzender der GEW Weser-Ems

Prof. Dr. Eiko Jürgens

Ungleichheit in der Schule: Brennpunkte und Perspektiven des Umgangs mit Heterogenität

Laura Pooth, stv. Landesvorsitzende der GEW

Bildungspolitisches Kurzreferat

Musikbeiträge "Teacher's"

Freitag, 13. März 2015

Einführungen 8.30 – 9.15 Uhr

Prof. Dr. Eiko Jürgens:

„Ungleichheit in der Schule: Brennpunkte und Perspektiven des Umgangs mit Heterogenität“ (Stufen übergreifend)

Prof. Dr. Oliver Böhm-Kasper:

„Multiprofessionelle Kooperation in der Schule vor dem Hintergrund von Ganztag, Schulentwicklung, Inklusion“ (Stufen übergreifend)

Workshops Termin A: 9.30 – 11.00 Uhr

Workshops Termin B: 11.45 – 13.15 Uhr

„Präventive Sprachförderung mit Gesellschaftsspielen in der Grundschule“ (Birte Letmathe-Henkel) (<i>Grundschule</i>)	„Eine Welt der Zahl für alle - Inklusion im Mathematikunterricht der Grundschule“ (Prof. Dr. Andrea Peter-Koop) (<i>Grundschule, Förderschule</i>)
„SchülerInnen zwischen den Welten Schule und Familie“ (Theo Stiller) (<i>übergreifend</i>)	„Lebenswelten, Weltbilder - SchülerInnenvorstellungen im sozialwissenschaftlichen Unterricht“ (Volker Schwier / Christoph Buhlmann) (<i>übergreifend</i>)
„Differenzierung einmal anders: welche Möglichkeiten gibt es, begabte SchülerInnen im naturwissenschaftlichen Unterricht zu fördern?“ (Dr. Claas Wegner) (<i>Sek I, II</i>)	„Jeder ist ein Tänzer! Tanz in der Schule“ (Saskia Schicht) (<i>übergreifend</i>)
„Eine akrobatische Weltreise als Klassengestaltung erarbeiten“ (Andrea Menze-Sonneck) (<i>Grundschule, Sek I</i>)	„Diagnose und Förderung im Deutschunterricht“ (Anke Schöning, Katharina Herbst und Kevin Look) (<i>Sek I, II</i>)
	„Mit Vielfalt umgehen lernen: Migration als Unterrichtsthema“ (Susanne Hanhart) (<i>Grundschule, Förderschule</i>)
„(K)ein Thema? Menschenrechtsbildung in der Schule“ (Renate Schüssler) (<i>übergreifend</i>)	„Resilienz: Was Kinder stärkt“ (Dr. Birgit Holler-Nowitzki)
„Das Oberstufen-Kolleg Bielefeld. Einblicke in die Lernkultur einer Versuchsschule“ (Dr. Gabriele Klewin & NN Lehrer des OS) (<i>übergreifend, Sek II</i>)	„Fotosynthese-Workshop: Auf den Spuren der Energiequelle des Lebens – The engine of life“ (Dr. Claas Wegner und Tobias Welz) (<i>Sek I, II</i>)